

Konrad Meyer war kein Solitär: Die Verknüpfung von Agrarpolitik und Raumplanung im (vor)national- sozialistischen Deutschland

2.1 Einleitung: Der ländliche Raum wird in einer digital-urbanen Welt notorisch unterschätzt

Es mag in einer vor allem als ‚urban‘ und ‚digital‘ erscheinenden westlichen Wohlfandswelt zunächst kurios erscheinen, aber wir kommen in Deutschland auf diesem Weg rasch zu einem ganz bestimmten Ausgangspunkt zurück: zur Entwicklung so genannter ländlicher Räume ab den 1930er Jahren.

Die industrielle Aufrüstung der Agrarwirtschaft begann schon in den 1940er Jahren und sie setzte sich – in der engen Bundesrepublik Deutschland – mit dem Phänomen der Suburbanisierung ländlicher Gebiete an der Peripherie größerer Agglomerationen (umfangreiche Verkehrserschließung, Aufbau industriell-agrarischer Mischstrukturen, rasante Dorferweiterung, Schaffung einer weitgehend konsumorientierten Infrastruktur u. a.) fort. Hier deckte sich ein klassisches Ziel der staatlichen deutschen Raumplanung, räumliche ‚Ballungen‘ durch Dezentralisierung auszugleichen, mit einer zentralen *agrarpolitischen* Zielsetzung durch bäuerliche Interessenvertreter, nämlich einer (aus heutiger Sicht) eher einseitig verstandenen Entwicklung ländlicher Räume, die damals v. a. auf alt-industrielle Methoden setzte.

Erwähnt sei hinsichtlich der ‚agrarischen‘ Grundierung von Raumplanung auch, dass einige Vorläufer urbaner und industrieller Standortlehren im agrarischen Bereich entstanden sind oder mittelbar daran anschlossen: David Ricardo (Lagerrente), Johann Heinrich von Thünen („Ringe“), Ernest W. Burgess („Zonen“), August Lösch (Ausgangspunkt: Landschaftsstruktur). Andere Begründer moderner Standortlehren knüpften hingegen früh nicht an den Faktor Boden/Raum sondern an Verkehrsmittel als entscheidende Faktoren von Standortplanung an: Friedrich List¹, Gustav Schmoller, Emil Sax, Fritz Voigt u. a.²

1 Auf Lists Beiträge zum Mitteleuropa-Konzept in der Mitte des 19. Jahrhunderts verweist Kletzin 2000: 13, 76 f.

2 Grandjot, Bernecker 2014: 21–32.

Aber ist denn der ländliche Raum und damit die Landwirtschaft heute überhaupt noch von Bedeutung? Auch wenn uns dies in Westeuropa angesichts der geringen Zahl der Beschäftigten in der Agrarwirtschaft des frühen 21. Jahrhunderts so erscheinen mag: in einer globalen Perspektive betrachtet ist die Landwirtschaft weder als ökonomischer noch als gesellschaftlicher Faktor randständig. Im Gegenteil, sehr viele globale soziale, ökologische und medizinische Fragen stehen mit der Ernährung, den Pflanzen, der Bodenqualität und den praktizierten Formen der Landwirtschaft in einem engen ursächlichen Zusammenhang.

In globaler Perspektive betrachtet ist die Selbstorganisation der ländlichen Unter- klassen nach wie vor von entscheidender Bedeutung für eine erfolgreiche Bekämpfung der Ausbeutung der Natur – wie auch der der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Landwirtschaft ist der größte Wirtschaftszweig der Erde, von ihr hängt die Ernährung von 100 Prozent der Weltbevölkerung ab und in ihr finden immer noch rund 40 Prozent der Weltbevölkerung eine Beschäftigung.³ Allerdings ändert sich das durch anwachsende Umweltprobleme rapide. Und für Europa gilt: aus historischen Gründen fließt immer noch der überwiegende Anteil des EU-Finanzhaushalts in zwei Bereiche: in die Subventionierung der industriellen Landwirtschaft und in die Regionalförderung. Schließlich ist der agrarische Sektor für die Politik staatlicher Intervention generell nicht zu unterschätzen: Agrarstrukturplanung kann ebenso auf die Industrialisierungspolitik starken Einfluss nehmen wie umgekehrt.⁴

2.2 Landnahme. Erläuterungen zur generellen Verbindung von Raumplanung, Agrarpolitik und Industriepolitik

Die Agrargeschichte des 20. Jahrhunderts demonstriert uns einen immensen Wandel der sozialen Beziehungen innerhalb des ländlichen Raums und innerhalb seines einst dominanten Wirtschaftszweiges, der Landwirtschaft. Auch der ländliche Raum in Deutschland unterlag in diesem Zeitraum einem starken Wandel seiner sozialen Strukturen. Schon in der Weimarer Republik lebten nur noch 35,6 % der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden – das entsprach 21,8 Millionen Menschen.⁵ 1925 arbeiteten noch 30,5 % der hauptberuflich Erwerbstätigen in der Land- oder Forstwirtschaft.⁶

3 Liebrich 2010: 26.

4 Vgl. dazu etwa die industriellen Folgewirkungen der Agrarstrukturplanung in Bayern während der 1960er Jahre: Grüner 2009: 335 ff.

5 Dornheim 2000: 107. 1939 betrug der Anteil noch 30,1 % (ebd., 134). Wobei erhebliche regionale Unterschiede existierten und die Anteile in einzelnen Provinzen des Reiches z. T. noch niedriger lagen. Westfalen und das Rheinland waren durch eine unterdurchschnittliche Anzahl von Landgemeinden geprägt (ebd., 107).

6 Dornheim 2000: 108. Das entsprach 9 762 426 Personen (ebd.). Dazu kamen 4 061 511 nebenberuflich in der Landwirtschaft tätige Personen (ebd., 110). In absoluten Zahlen waren in der Land- und Forstwirtschaft im Vergleich mit der Industrie und dem Handwerk damit etwa gleich viele Personen beschäftigt, nämlich rd. 13 Millionen.

Die bäuerliche Familie als Sozialtypus und als Wirtschaftseinheit der Selbstversorgung verschwand bis zu den 1960er Jahren fast vollständig aus der Landschaft. Der Historiker Gunther Mai macht diese so genannte agrarische Transition an dem Verlust der unterbäuerlichen Schichten (ab 1914), dem allmählichen Verschwinden der herkömmlichen bäuerlichen Familie (bis 1960) und am Tod des Bauerntums als Sozialtypus bzw. Sozialmilieu (ab etwa 1960) fest.⁷ Die ländliche Gesellschaft hat diesen Vorgang aber nicht mehr in ihren eigenen Händen gehabt:

„In dem Prozess der Deagrarisierung als ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Bedeutungsverlust von ‚Land‘ und Landwirtschaft prägen die nationalen Bedingungen den Verlauf, die Verlaufsgeschwindigkeit sowie die Konflikt- und Bewältigungsmuster. Seine Dynamik wird durch die Entwicklungsbedingungen des industriellen Sektors bestimmt bzw. durch die Einflusschancen der industriellen Eliten.“⁸

Neben den industriellen Eliten sind die industriegesellschaftlichen Bedingungen für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung gewesen. Als Preis für eine gelingende Vergesellschaftung des ländlichen Menschen forderte die Moderne vom einzelnen Menschen seine Herauslösung aus traditionellen Bindungen und die Einübung von Marktlogiken – diese bestimmen auch das Verhältnis von Stadt zu Land.⁹ Alle Residuen nicht-marktförmiger Beziehungen verloren im Agrarland nach und nach ihre vormalige Bedeutung. Formen bäuerlicher Subsistenzwirtschaft sind heute in der gesamtdeutschen Agrarlandschaft marginalisiert – einzelnen zarten Pflänzchen kleinbäuerlichen Öko-Landbauertums zum Trotz. Die Geschichte des ‚Langen Abschieds vom Agrarland‘ (Paul Erker) ist also immer auch eine Geschichte des Wandels sozialer Strukturen par excellence gewesen.¹⁰

Das Land, besonders das neu zu besiedelnde Land, es war im 20. Jahrhundert in Deutschland immer auch eine Projektionsfläche für romantische Bilder idealisierter Sozialordnungen der Vergangenheit. Es war aber zugleich bis etwa 1960 auch ein Experimentierfeld für ‚neu‘ zu installierende Zu- und Rangordnungen von Menschen in einer zukünftig zu errichtenden Gesellschaft. Andreas Dix (und zuletzt auch Michael Prinz)¹¹ weisen zu Recht auf die gar nicht zu überschätzende Rolle der ländlichen und städtischen Siedlungspolitik hin. Der *Siedlungsgedanke* nahm bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus einen zentralen Platz in der deutschen Politik ein, besonders auch in der Sozialpolitik, und war „immer auch mit bevölkerungspolitischen Zielen verknüpft“.¹² Die Siedlungspolitik beider deutscher Staaten zeigte dann

7 Mai 2007: 471–514; Dornheim 2000: 785. Für Westfalen: vgl. Exner 1997: 140, 451.

8 Mai 2007: 473.

9 Für diesen Prozess ist auch der Begriff der „inneren Landnahme“ gefunden worden: vgl. Ipsen 1987: 119 und Lutz 1989.

10 Aldenhoff-Hübinger 2008: 503.

11 Vgl. Prinz 2012.

12 Dix 2005: 71.

anfänglich auch überraschend viele Gemeinsamkeiten.¹³ Als Ursache dieser Gemeinsamkeiten deutet sich an, dass in Ost und West generell dem Thema Siedlung als *gesellschaftspolitische Strategie* unmittelbar nach 1945 eine hohe Relevanz zugesprochen wurde. Woran lag das? Die historischen Wurzeln dieses siedlungspolitischen Politikansatzes reichten bis in die Weimarer Republik zurück (s. u.) und sie wurden mit der Problematik der sozialen Integration der Flüchtlinge nach 1945 revitalisiert. Siedlung galt sowohl in Ost wie in West zumindest anfänglich als eine mögliche politische Krisenbewältigungsstrategie.¹⁴ Siedlungspolitische Strategien der jungen Bundesrepublik/der DDR sind also offensichtlich nicht ausschließlich aus den divergierenden Politikansätzen der westlichen/östlichen Alliierten in der Phase um 1945/1949 heraus zu erklären, sondern sie verweisen auf die hohe Bedeutung der *deutschen* Siedlungspolitik der Zwischenkriegszeit und auf die damit in Zusammenhang stehenden wissenschaftlich-politikberatenden Aktivitäten.

Allerdings wäre es verkürzt, bei den Zielen dieser Siedlungsansätze allein die Aspekte einer gewollten Dezentralisierung und die der Stärkung der agrarischen Selbstversorgung der Bürger hervorzuheben. Die Strategie zur Bekämpfung der Deagrarisierung bestand also nicht in einer „Rustikalisierung der Industrie“ (Erich Dittrich).¹⁵ Für eine derartig extreme Linie gab sich nur ein Teil der Raum- und Landesplaner her, nämlich jene, die tendenziell den agrar-romantischen Idealen in der „Agrarstaatsdebatte“ folgten (s. u.). Von Anfang an gab es auch starke gegenläufige Tendenzen in der Raum- und Landesplanung. Hier wurde industrielle Entwicklung gerade *für eine Entwicklung der Landwirtschaft aber auch der ländlichen Landschaft* als unabdingbar notwendig betrachtet. An eine De-Industrialisierung war also auch bei einem Stadt-Land-Ausgleich nicht gedacht. Der Stadt-Land-Ausgleich sollte vielmehr erst über eine weitere Industrialisierung realisiert werden. Diese Perspektive war besonders den in Nordrhein-Westfalen tätigen Forschern und Planern früh selbstverständlich. So wird in der Broschüre des Instituts für Raumforschung (IfR) „Ordnung und Planung im Ruhr-Raum“ (1951) festgehalten:

„Der Umfang des Güteraustausches der Landwirtschaft des Bundesgebietes in das Ruhrgebiet und des Ruhrgebietes in die Landwirtschaft zeigt die Wechselseitigkeit der Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie und zwischen Stadt und Land. Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft sind in gegenseitiger Förderung gewachsen (sic!) zu nachheriger Größe und Leistungsfähigkeit. (...) Die Wechselwirkung zwischen Landwirtschaft und Industrie ist ein Faktor, der in der Wirtschaftspolitik nicht übersehen werden

13 Ebd., 78 f.

14 Dix verweist hier etwa auf Parallelen in den Ansätzen des DDR-Agrarexperten Edwin Hoernle zu den Siedlungskonzepten der westlichen Politiker Heinrich Lübke (CDU) und Tassilo Tröscher (SPD) (ebd., S. 79). Auch unterscheidet Dix zwischen Bodenreform und Siedlung. ‚Siedlung‘ blieb auch in der Bundesrepublik bis zum Ende der 1950er Jahre „ein wichtiges Thema“ (ebd., 79 f.).

15 Vgl. Dittrich 1953a: 136.

darf. In der Wirtschaftspolitik *gebührt die Priorität weder der Landwirtschaft noch der Industrie*. Es darf nicht heißen: ‚Industrie oder Landwirtschaft‘ sondern: ‚hochentwickelte Industrie und hochintensive Landwirtschaft‘. An einer hochentwickelten Industrie ist die Landwirtschaft ebenso stark interessiert wie die Industrie an einer hochentwickelten Landwirtschaft.“¹⁶

IfR-Leiter Erich Dittrich beschrieb zwei Jahre später, dass eine an Raumordnung orientierte regionale Wirtschaftspolitik nicht darin bestehen sollte, industrielle Anlagen gleichmäßiger zu verteilen, sondern „die für die Dezentralisierung der Industrie geeignet erscheinenden Gebiete attraktiv zu machen (Bereitstellung öffentlicher Mittel, Zuweisung von Arbeitskräften, insbesondere von Facharbeitern, Verbesserung und weiterer Ausbau der Verkehrseinrichtungen und Versorgungsanlagen, Tarifpolitik, Vergabe öffentlicher Aufträge usw.).“¹⁷ Dieses Ziel sollte zu diesem Zeitpunkt (1953) noch durch eine Mischung von Umsiedlung und „geeignete(n) Industrieförderungsmaßnahmen“ umgesetzt werden.¹⁸

Der „Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung“ in Frankfurt am Main verlautbarte in einer Studie zur *Flüchtlingsintegration* aus dem Jahr 1951, dass die „Antithese Zentralisation – Dezentralisation wirtschaftspolitisch unfruchtbar“ sei, und es von den regionalen Umständen des jeweiligen „Wirtschaftsraumes“ abhängig sei, ob „einer zentralisierten oder dezentralisierten Produktionsweise der Vorzug zu geben“ sei.¹⁹

Auch in einer 1955 veröffentlichten Studie des Münsteraner Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen (An-Institut der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster) wurde jener *noch* ‚agrarisches‘ Raum zum Thema, der bald zwangsläufig einer weiteren industriellen Expansion ausgesetzt sein würde. Hierbei handelte es sich um Teile des großen Landkreises Recklinghausen. Die Verfasser diskutierten das Thema noch entlang der idealtypischen Unterscheidungen von Industrie- versus Agrargesellschaft.²⁰ Auch im Vorwort einer weiteren Studie des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen beschreibt dessen Direktor Hans Jürgen Seraphim die ländliche Siedlungspolitik als „integrierenden Bestandteil der Agrarpolitik“.²¹ Allerdings einer Agrarpolitik, die nun in der Mitte der 1950er Jahre nur noch innerhalb einer Industriegesellschaft und als Teil des Weltmarkts betrieben werden kann.

16 Blum 1951: 69 (Herv. im Org. gesperrt gesetzt).

17 Vgl. Dittrich 1953a: 136.

18 Ebd., 137.

19 Vgl. Mössner 1951: 29 (Herv. i. Org.) *Prof. Dr. Dr. Mössner* war zu dieser Zeit Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Verkehr und Wirtschaft und hielt den publizierten Vortrag auf der Regionaltagung des Verbandes in Braunschweig am 24. 2. 1951 (ebd., Vorwort).

20 Vgl. Seraphim (Hg.) 1955: 191 ff. Vgl. zur Person *Hans-Jürgen Seraphim* auch die Angaben im Biographischen Anhang dieser Studie unten.

21 Vgl. Stelter 1956: Vorwort, ohne Seitenzahl.

Die Entwicklung des ländlichen Raums war eigentlich ein schon lange verfolgter Gedanke, allerdings ein bis zum Ende des 2. Weltkriegs auch stark an die Realisierung *sozialer Utopien*, d. h. nicht nur an wirtschaftliche Ziele, geknüpfter Gedanke. Der ländliche Raum nahm seit der Weimarer Republik eine bevorzugte Stellung in allen *Siedlungsplanungen* ein. Neue sozialstrukturelle Ordnungsbilder ließen sich in dem überschaubaren Rahmen weniger dicht besiedelter Gebiete – so schien es vielen Planern und Wissenschaftlern – scheinbar leichter realisieren.²² Auch in der o. g. Studie über das Vest Recklinghausen wurden Strategien vorgeschlagen, wie die negativ beschriebenen „*gesellschaftlichen Zerfallerscheinungen*“ aufgefangen werden sollten, die angeblich die Industrialisierung immer begleiteten. Man wollte sich in veränderter Form jener Mechanismen bedienen, die im ländlichen Raum bisher schon soziale Integration sicherstellten, nämlich der Eigentumsbildung. Allerdings nicht als „Allheilmittel“ bzw. nur für eine Elite der Industriebevölkerung (nämlich des „intellektuellen Mittelstandes, der Schicht der gehobenen Manager und der alleinstehenden Junggesellen beider Geschlechter“).²³

„In diesen Schichten ist auch in den Städten des Vestes eine zum Teil beachtliche Nachfrage nach Wohnungseigentum vorhanden, und es dürfte durchaus im Interesse der Bildung von Privateigentum in der Wohnungswirtschaft liegen, diesen Tendenzen nachzukommen (...) Wie durch empirische Untersuchungen festgestellt wurde, sind in manchen Teilen der Industriearbeiterschaft die Ansatzpunkte eines echten Eigenheimbedarfs, der Voraussetzung einer gesellschaftspolitisch sinnvollen Eigenheimbildung ist, nur sehr gering.“²⁴

2.3 Der starke Einfluss des Grundeigentums auf die sozialen Strukturen des ländlichen Raums

Die o. g. Strategie knüpfte in veränderter Form an bestehende *Regularien sozialer Integration* an: Agrarische Sozialverhältnisse wurden von jeher wesentlich durch den Tatbestand des landwirtschaftlichen Grundeigentums geprägt *angesehen*. Die Verfügung über Grundeigentum und die gesellschaftliche Machtposition standen in einer noch unmittelbaren Beziehung zueinander. Das ist bis heute – global betrachtet – eine Besonderheit der sozialen Strukturen des ländlichen Bereichs geblieben. Die Grundbesitzverteilung bildete und bildet außerhalb der Industrieländer die Grundlage der ländlichen Sozialstruktur, sie ist bestimmendes Merkmal der Agrarverfassung und sie ist mittelbar immer auch Gegenstand der Intervention von Agrarpolitik gewesen.

22 Hohmann 1996: 175.

23 Vgl. Seraphim (Hg.) 1955: 193 f.

24 Ebd., 194.

Der Gegenstand von *Agrarverfassungspolitik* tangiert die Grundbesitzverteilung bzw. sie zielt auf die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen der sozial differenzierten Landbevölkerung.²⁵ Das Bodeneigentum war von jeher Auslöser vieler sozialer Konflikte auf dem Land.²⁶ Die spezifisch agrarisch geprägten sozialen Konflikte beziehen sich z. B. auf Problematiken, die auf der Pachtdauer von Grundeigentum beruhen, die auf Vererbung oder auf unrechtmäßiger Aneignung von Land resultieren. Die Verfügungsgewalt über den Boden bestimmt(e) in der dörflichen Gesellschaft über den sozialen Rang ihrer Mitglieder.²⁷

In der ländlichen Welt galt darum bis in die 1970er Jahre hinein die Besitzgröße des landwirtschaftlichen Grundeigentums als ein guter Indikator für den sozialen Status des jeweiligen Landbewohners.²⁸ Die Grenzziehungen des Bodens²⁹ im ländlichen Bereich dienten somit immer auch der Statussicherheit des Eigentümers und seiner Familie. Ein Zweig innerhalb der Raumforschung destruierte nach 1945 aber gerade solche Vorstellungen. Auch Raumforscher im Umfeld des Instituts für Raumforschung zeigten früh, dass diese landeigentumsbezogene soziale Lebenswelt sozusagen auf falschen Voraussetzungen beruhte, weil sich die Bevölkerung in den Dörfern zunehmend sozial ausdifferenzierte. Raumforschung war nach 1945 nicht per se eine ‚völkische‘ Wissenschaft im Sinne agrozentrischer Perspektiven. Schon in dem einflussreichen IfR-Sonderheft „Das deutsche Flüchtlingsproblem“ (1950) stellte ein Raumforscher mittels empirisch erhobenen Materials auch für verschiedene ländliche Gemeindeformen fest:

25 Vgl. Niehaus 1998 (1961): 49.

26 Planck, Ziche 1979: 192.

27 Planck, Ziche 1979: 200. Auch die Besonderheiten des Siedlungsbildes Dorf, seine Abgeschlossenheit, trugen dazu bei, dass die „formalen Elemente dörflicher Struktur einen gewissen Zwangscharakter für die soziale Integration“ hatten und deutliche Unterschiede zur Stadt lange sichtbar blieben (vgl. Kötter, Krekeler 1977: 15 f.; Planck, Ziche 1979: 30 f.; Mai 2007: 490 ff.). Das Dorf war jedoch auch in der Vergangenheit gerade nicht ein Ort der Gemeinschaft sozial Gleicher sondern ausgesprochener sozialer Differenzierung (ebd.): „Der Besitz von Grund und Boden determinierte (...) die Position in der dörflichen Sozialhierarchie. Die Stellung zum Produktionsmittel Boden legte ‚als Besitz- und Arbeitsverhältnis die Position im Produktionsprozeß wie den sozialen Standort‘ im Produktions- und Sozialverband Dorf fest und besiegelte folglich ‚eine Summe charakteristischer Unterschiede der dörflichen Lebenslagen.‘ Denn außer dem ländlichen Gewerbesektor, dem Dorfh Handwerk, ‚existierten keine außer-landwirtschaftlichen beruflichen Alternativen einer ökonomisch und sozial vollgültigen Existenz‘; gewerbliche Erwerbsquellen, wie sie den Arbeiterbauern die wirtschaftliche Lebensgrundlage boten, ‚besaßen nur substituierenden Charakter und dienten gleichsam als wirtschaftliche ‚Lückenbüßer‘ für fehlende agrarische Einkommensanteile.“ (Exner 1997: 24 f.).

28 Für Westfalen: Die Bedeutung des (landwirtschaftlichen) Grund-Eigentums für die soziale Schichtung der westfälischen Landgemeinden zwischen 1919 und 1969 betont auch: Exner 1997: 22, 24, 26; zur Bedeutung des Bodenbesitzes für die Selbstachtung (sic!) der Bauern und ihr *Eigentumskonservatismus* siehe auch Dornheim 2000: 206 f.; die aus ihrem Bodenbesitz resultierende extrem hohe soziale Homogenität der Bauern betont auch Wehler 2003: 333.

29 Planck, Ziche 1979: 185.

„Im ganzen gilt, dass hier *von der Größe* der landwirtschaftlichen Betriebe her keine Schlüsse auf die Sozialstruktur zulässig sein können, und zwar in noch geringeren Maße als bei den Gemeinden industriellen Typs.“³⁰

Dennoch durchdringen natürlich bis heute (und über Jahrtausende gesehen) nun einmal (natur-)räumliche Bezüge diese agrarische Lebenswelt unmittelbarer als dies vordergründig in der industriellen oder gar in der digitalen Lebenswelt der Fall ist. Ich will nur einige räumliche Bezüge dieser Art herausgreifen:

Schon innerhalb der bäuerlichen Familie als Wirtschaftseinheit konnten spezielle *räumliche* Arrangements eine wichtige Rolle spielen. Beispielsweise waren die Positionen innerhalb der Rangordnung dieser Gemeinschaften schon an deren Tischordnungen in bäuerlichen Haushalten abzulesen.³¹ Ein anderes Beispiel ist die physische Nähe zwischen Gutsbesitzern und ihren Landarbeitern, die nur bei besonderen Gelegenheiten (zum Beispiel einer Weihnachtsfeier) hergestellt werden durfte.³²

Ein wichtiges Standbein agrarischer Sozialverhältnisse war die familiäre Statusübertragung – und daran gekoppelt, wie uns heute noch jede Story eines Bauerntheaters nahe legt, die *familiäre* Vererbung des Grundeigentums. Die zu beobachtende Schichtenendogamie zwischen den Dorfbewohnern diente der statischen Aufrechterhaltung besitz-hierarchischer Strukturen landwirtschaftlichen Grundeigentums. Für Westfalen hat Peter Exner gezeigt, dass es interessanterweise gerade die ländlichen Unterschichten (und später die Flüchtlinge!) gewesen sind, die *weniger* an diese Form der Schichtenendogamie gebunden blieben und die deshalb früher neue Mitbürger und deren nicht-bodeneigentumsgebundene Lebenswelt mit ins Dorf brachten.³³

Für die Ober- und Mittelschichten blieb jedoch ihr Besitzeigentum für die Gestaltung des *sozialen Lebens* sehr viel bestimmender. So gehen Ulrich Planck und Joachim Ziche in ihrem Standardwerk zur Land- und Agrarsoziologie noch in den 1970er Jahren davon aus, dass die herrschende Bodenordnung den ländlichen Raum ursächlich auch sozial strukturierte.³⁴ Erb- und Kaufteilungen, Besitzarrondierungen, Flurbereinigungsverfahren und Bodenreformen entscheiden mit über das Gesicht der sozialen Strukturen.

Die hohe Betonung des Bodens für die sozialkulturellen Beziehungen in der dörflichen Welt hing aber auch mit unveränderten Besonderheiten des Wirtschaftszweiges Landwirtschaft zusammen. Landwirtschaft war von jeher durch die von der Natur bestimmten Grenzen abhängig. Diese Grenzen können durch Faktoren beschrieben

30 Finke 1950: 124 (Herv. d. HG) Die Untersuchung beruhte auf der Einteilung ländlicher Gemeinden in den Typus Arbeiter-Bauerngemeinde, Handwerker-Gemeinde, Industriearbeitergemeinde u. ä.

31 Dornheim 2000: 184.

32 Ebd., 186.

33 Vgl. Exner 1997: 445 f.

34 Planck, Ziche 1979: 184.

werden, von denen nicht wenige unmittelbar mit dem Boden in Zusammenhang stehen. Ulrich Kluge listete folgende Besonderheiten des Wirtschaftszweiges Landwirtschaft auf:

- 1) „die natürlichen Standortfaktoren Klima und Boden,
- 2) die Bindung der Produktion an den jeweiligen Betriebsstandort
- 3) die Begrenztheit des bebaubaren Bodens
- 4) die Begrenzung mechanisch-technischer Möglichkeiten durch unveränderbare biologische Abläufe sowie topographische und klimatische Verhältnisse
- 5) die Beeinflussung des persönlichen Status der Konsumenten durch die in der Landwirtschaft erzeugten Nahrungsmittel und durch die vom landwirtschaftlichen Produktionsprozess verwertete Natur,
- 6) die enge Verflechtung von wirtschaftlichen und personalen Interessen in jedem einzelnen Betrieb,
- 7) die breite Streulage der Betriebsgrößen in Vegetationslandschaften von unterschiedlicher Struktur und Fertilität,
- 8) hohe betriebliche Vermögenswerte im Vergleich zu den laufenden Erträgen.“³⁵

Mit dem Rückgang der Landwirtschaft sind die besonderen Beziehungen der Landbewohner zu Grund und Boden (und daran gebundene vergemeinschaftende Effekte) keineswegs verloren gegangen, sondern sie haben häufig nur einen Formwandel erfahren:

„Landbewohner leben weit überwiegend in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Sie wohnen selten zur Miete, sondern in der Regel in Eigenheimen. Dies trifft auch für ländliche Siedlungen zu, die ihren landwirtschaftlichen Charakter verloren haben. Eigenheim bedeutet hier mehr, als ‚im Grundbuch eingetragenes Eigentum‘. Ländliche Wohnungen werden in erheblichem Maße in Eigenleistung der späteren Bewohner mit Hilfe von Verwandten, Nachbarn und guten Bekannten erstellt, so daß schon in der Bauphase viele direkte soziale Beziehungen aktiviert werden. Auch die Beziehungen zu den Baumeistern und Handwerkern sind überwiegend persönlicher Art. Was hier in Gemeinschaftsarbeit entsteht, ist selbst bei einfachster Ausführung ‚eine gemeinsame Aufbau- und Gestaltungsleistung im ... wahrsten Sinne des Wortes, Persönlichkeitsausdruck und Selbstbestätigung in einer Weise, wie es die städtische Wohnung niemals sein kann‘ (...) Das eigene, selbstgebaute Haus ist die Eintrittskarte in die Dorfgemeinschaft der Erfolgreichen. ‚Ohne Haus kommt man nicht in den Ortschaftsrat, gilt man generell als Versager‘.“³⁶

Auch von Experten staatlicher Raumordnung wurde dieser Aspekt durchaus registriert. So belegte der für die bundesrepublikanische Raumordnung so wichtige Ger-

35 Kluge 2000: 292.

36 Planck, Ziche 1979: 32.

hard Isenberg³⁷ sein (ambivalentes) Verhältnis zum Wohn- und Grundeigentum wie folgt:

„Ich persönlich lebe in einem Land, in dem das Eigentum mehr geachtet wird als anderswo, und wo es fast entehrend ist, wenn man sich nicht bis zum 40. Lebensjahr ein Haus und Grundbesitz abgespart hat. Ich werde also wahrscheinlich auch von ihnen nicht als ein Verleugner des Eigentums bezeichnet werden können. Ich halte es aber für notwendig, daß man auf die Gefahren des uneingeschränkten Eigentums für eine Raum- und Bodenordnung immer wieder hinweist.“³⁸

Die hier beschriebene Wahrnehmung ländlicher Sozialstrukturen markiert noch den Stand der 1950er bis 1970er Jahre. Heute stehen die Dörfer in Deutschland vor ganz anderen Problemen und in sich entleerenden Räumen, vor allem in den neuen Bundesländern, machen auch viele tradierte Beziehungen der alten dörflichen Sozialklassen untereinander keinen Sinn mehr, weil nur noch wenig Landbevölkerung übrig geblieben ist, die diese Beziehungsmuster überhaupt kennt.

Natürlich sind die o. g. Einsichten zur Bedeutung des Grundbesitzererwerbs und der Grundbesitzverteilung spätestens seit den Studien des Soziologen Georg Simmel als obsolet angesehen worden, weil die gesellschaftlichen Mechanismen der Geldwirtschaft und gesellschaftliche Produktivkräfte (Karl Marx) letztlich raumbildend und raumnutzend wirken,³⁹ was aber die bäuerliche Lebens- und Bewusstseinswelt der dörflichen Gesellschaft nie wirklich berührt hat. Dabei ist es nebensächlich, ob Landbevölkerungen noch de facto außerhalb von Klassenbildungsprozesse existiert haben oder schon in diese eingetreten waren, wenn ihnen die Konsequenzen dieses Vorgangs nicht bewusst oder gleichgültig waren. Das gilt auch für die politikberatende Wissenschaft und Planung innerhalb des ländlichen Bereichs, soweit diese sich nicht auf die Rekonstruktion einer durch Marktverhältnisse bestimmten Sozialbeziehung der Menschen untereinander einlassen wollte. Und das war bei nicht wenigen Agrar- und Sozialwissenschaftlern bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus der Fall. Wissenschaftler aus dem Bereich der Raumordnung nahmen die mit der Durchsetzung der modernen Wirtschaftsformen einhergehenden sozialen Veränderungen aber auch als politisches Problem wahr. Für den als Politikberater im NS-Staat und der Bundesrepublik wirkenden Raumforscher und Agrarsoziologen Ludwig Neundörfer⁴⁰ war das Geld ein unzureichender Ersatz für hergebrachte soziale Verkehrsformen, ja es zerstörte diese Verkehrsformen (hier: die bäuerliche Familie):

37 Siehe Angaben zur Biographie im Anhang.

38 Vgl. Prof. Dr. Gerhard Isenberg an Institut für Raumforschung bzgl. des Manuskripts W. Nöldechen „Neue Raumordnung und die deutsche Zukunft“ vom 10. Mai 1951, S. 3, in: BArch B134/3362, Pag. 21.

39 Vgl. zu dieser Unterscheidung von Agrar- und Industriegesellschaft auch Lenski 1973: 397 ff.

40 Siehe Angaben zu seiner Biographie im Anhang.

„1. Da ist einmal die Art, wie wir unsere Grundbedürfnisse befriedigen: Wohnung, Kleidung, Ernährung, das was wir alle miteinander täglich brauchen. Die frühere hauswirtschaftliche Form, in der ein Großteil dieser Grundbedürfnisse im kleinen überschaubaren Raum produziert wurden, wird zunehmend abgelöst von einer händlerischen Form. Güter und Dienste werden angeboten und sie werden gekauft. Damit beginnt das Geldhaben eine entscheidende Rolle in unserem Leben zu spielen, die Sorgeverbände, vor allem der Familienhaushalt, werden gelockert. Der Einzelne ist nicht mehr unmittelbar darauf angewiesen, in einem solchen Sorgeverband zu stehen und zu leben, er ist in der Lage – sofern er nur das nötige Geld hat – sich das, was er zum Leben braucht, auch anders als im Familienhaushalt zu beschaffen.“⁴¹

Der Sozialpsychologe und Bestsellerautor Harald Welzer würde in dem beschriebenen Übergang von der Hauswirtschaft zur Geldwirtschaft heute womöglich auch *eine* der vielen Ursachen der „Fremdversorgung“ sehen.⁴² Die Geldwirtschaft, unsere heutige zumal, stand der vollständig ausgebauten „Fremdversorgung“ mindestens kaum im Wege, und diese hat uns summa summarum in den Städten neue Abhängigkeiten und erlernte Unselbstständigkeiten bei breiten Bevölkerungsschichten (eben nicht nur der ominösen ‚Unterschicht‘) beschert. Nämlich solche der lebenslangen ‚Bindung‘ an die von wenigen Konzernen beherrschten Agrar- und Lebensmittelindustrien. Als modern gelten darum heute nicht zufälligerweise jene sozialen Organisationsformen, die die Unselbstständigkeiten der VerbraucherInnen wenigstens teilweise kompensieren könnten (‚essbare Stadt‘, transitions towns, ‚urban gardening‘ u. ä.). Eine gewisse Ironie liegt deshalb darin, dass wir uns heute auf die Lebenswelt eines hierzulande nicht mehr existierenden Sozialmilieus – nämlich auf die nicht-marktförmige bäuerliche Lebenswelt – einlassen sollten, um heutige Fragen, die wir an Raumnutzung haben, besser verstehen und vielleicht auch verändern zu können: Das Eindringen kapitalistischer Wirtschaftsweisen, soweit sie entmüdigend wirken,⁴³ ist im Agrarbereich bis heute nicht vollständig gelungen.⁴⁴ Das gilt vor allem in globaler Betrachtung. Aber gerade darin liegen heute auch Chancen einer anderen Form der Wahrnehmung. Die Grenzen des industriellen Modernitätsbegriffs, so wie er von früheren Generationen gewöhnlich eingeübt wurde, werden mehr und mehr sichtbar. Genannt seien Peak Soil, Klimawandel und die – global betrachtet – noch sehr inhumane und einseitige Nutzung der unglaublich hohen industriell-technischen Produktivität, die in den Industriegesellschaften inzwischen erreicht wurde.

41 Vgl. Ludwig Neundörfer, Die Landkreise im Strukturwandel unserer Zeit, aus: Deutsches Verwaltungsblatt 70. Jg. (Januar 1955), Heft 2, S. 37, nach: BArch B134/2328.

42 Vgl. u. a. Welzer 2013.

43 ‚Entmüdigend‘ nicht im Sinne eines *moralischen* Vorwurfs gegen kapitalistische Wirtschaftsweise, sondern als eines empirisch zu beobachtbaren Effekts – eben der Unselbstständigkeit von Bevölkerungsgruppen – als *Ergebnis* (ungesteuerten) ‚Marktgeschehens‘.

44 Vgl. Laschewski 2005.

Das Nachvollziehen dieser agrarischen Lebenswelt-Perspektive auf das Grundeigentum ist wichtig, auch die Bezugnahme auf das *Bauernrum als eigenständiges Sozialmilieu* (s.o.) ist noch wichtig, um zu verstehen, in welche Richtung Agrarpolitiker, Agrarwissenschaftler und Agrarplaner bis mindestens in die 1960er Jahren hinein dachten und auch handelten. Andererseits ist betont worden, dass die Agrarpolitik meistens an der eigentlich angesprochenen Klientel vorbeilief und im Westen Deutschlands (später in der EU) von der Politik und der Wissenschaft (sic!) sozusagen ausschließlich von ‚oben‘ konzipiert wurde.⁴⁵

Heute gewinnt die agrarpolitische Perspektive auf die Verfügung über (nicht nur) landwirtschaftliche Nutzflächen wieder eine ganz neue und womöglich ganz andere Bedeutung – zumindest, wenn wir das Szenario eines ‚Ökologischen Fußabdrucks‘ für sinnvoll halten. Nach diesem Szenario verfügen wir alle über die Fläche der Erde – genauer gesagt: wir Menschen verbrauchen seit Jahrzehnten schon jetzt die Flächen-Ressourcen einer zweiten Erde, die uns nicht zur Verfügung steht. Zudem stehen die Flächen, die Flächenverteilungsmuster und Variabilität von Flächen in einem engen Zusammenhang mit der Artenvielfalt und den Funktionen von pflanzlichen und tierischen Arten. Politisches Handeln nimmt über Raumordnungsmaßnahmen, privater oder staatlicher Art, auf diesen Aspekt der natürlichen Biodiversität durchaus Einfluss. In der jüngsten geschichtswissenschaftlichen Studie von Timothy Snyder⁴⁶ wird der Holocaust u. a. vor der Folie ‚ökologischer Paniken‘ erklärt und der Vernichtung der Juden, Sinti und Roma und anderer von den Nazis als ‚minderwertig‘ deklarierter Bevölkerungen wird so strittigerweise noch nachträglich ein ‚Sinn‘ verliehen: der Holocaust sollte heute *allen Menschen* zur Warnung dienen.⁴⁷ Unabhängig davon, ob man Synders Einschätzung teilt: der Erfolg des Buches rührt wohl nicht zuletzt von der Virulenz und der Aktualität o.g. ökologischer Szenarien her.

Politisches Handeln vollzieht sich aber nicht nur in ökologischen Perspektiven, es vollzieht sich immer auch vor dem Hintergrund der in Wirtschafts- und Sozialverfassungen realisierten Eigentumsverhältnisse. Die o.g. hohe Bedeutung des Grundeigentums war in der agrarischen Welt besonders ausgeprägt, sie war und ist aber keineswegs nur im ländlichen Raum zu finden. Der Aneignung eines (angeblich) *eigenen* Territoriums wird in der westlichen Welt generell eine hohe Bedeutung zugeschrieben. Der amerikanische Soziologe Richard Sennett sieht etwa in dem Wunsch nach *Wohnneigentum* einen substanziellen Kern der Geschichte des amerikanischen Individualismus.⁴⁸ Die Hoffnungen von Menschen auf das eigene Heim können von größeren Einheiten auch schlicht für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert werden, was

45 Vgl. Kluge 1989: 364. Siehe dazu auch Schekahn 1998: 164 f.

46 Vgl. Snyder 2015.

47 So auch der Untertitel der Studie im englischsprachigen Original: „Black earth. *The holocaust as history and warning.*“ London (Bodley Head) 2015.

48 Sennett 2002: 139. In der bundesrepublikanischen Raumordnung wurde die Förderung von Eigenheimen als Mittel zur Schaffung von sozialer Sicherheit verstanden (vgl. Leendertz 2008: 312).

das Entstehen der letzten Weltwirtschaftskrise in den 2000er Jahren ein wenig besser verstehen hilft (‚Immobilienkrise‘ in den USA).

Heute erkennen wir viel stärker, dass sich langfristig betrachtet auch der – im juristischen Sinne – private Boden und die damit verbundenen Renditeerwartungen nicht aus den globalen Naturzusammenhängen werden lösen lassen. Für den landwirtschaftlich genutzten Boden gilt im Besonderen, dass bedingt durch den jahrzentelangen hohen Düngemiteleinsatz und die industrielle Bodenbearbeitung die Bodenqualität erheblich belastet wird. Der Mensch kann sich nur – wie wir immer deutlicher sehen – um den Preis der von uns als „Natur-Katastrophen“ interpretierten Phänomene aus diesem Naturzusammenhang lösen. Die ‚Natur‘ stört dieser angestrebte Versuch des Menschen nicht wirklich. Darum geht es heute vor allem *in unserem menschlichen Interesse* um die Einbettung unserer sozialen Strukturen in die Prozesse von Nachhaltigkeit und den Erhalt der Biodiversität.

In Umkehrung des Diktums von der sozial strukturierenden Wirkung des Bodens könnte man also sagen, dass es unsere Gesellschaften und die mit ihnen in Zusammenhang stehenden rechtlichen Verfassungen und Verhaltensmuster sind, die über die Nutzung und den Verbrauch der Flächen bestimmen. Die administrative Raumplanung und Raumordnung steht heute genau vor dieser Problematik. Doch bleibt der Ausgangspunkt nicht die ominöse „Tragfähigkeit“ des Raums (Gerhard Isenberg), sondern das Handeln der o.g. industriellen Eliten, der politikberatenden Wissenschaft und der politisch-administrativen Entscheidungsträger, die wesentlich Einfluss auf die heute lebbarsten städtischen und agrarischen Lebensweisen und Sozialordnungen nehmen. Aber natürlich ist auch jeder Einzelne gefragt, was er sich und nachfolgenden Generationen durch sein (Raumnutzungs-)Verhalten (u.a. in Fragen Mobilität, Konsum, Urlaub) zumuten möchte.

Gleichzeitig wurde und wird an der Zuteilung/Verweigerung von Landbesitz immer auch Diskriminierung erfahrbar. Diese Erfahrungen waren für nicht wenige (ländliche) Bevölkerungsgruppen in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts prägend. Hanns Wienold definierte den Begriff Diskriminierung deshalb ausdrücklich unter Einschluss der Verteilung von „Raum“ bzw. des Zugangs zu „Land“ (s. o.):

„Allgemein könnten als ‚diskriminierend‘ etwa alle Handlungen, Äußerungen etc. gelten, die einer Kategorie, Gruppe von Personen im Vergleich zu anderen bestimmte Rechte absprechen oder verweigern, ihnen den Zugang zu Räumen, Gütern, Institutionen verweigern (oder dieser an bestimmte Voraussetzungen knüpfen, z. B. ‚Unauffälligkeit‘), oder sie in bestimmter Weise abwerten.“⁴⁹

Politische Entscheidungen wirken – ob nun ursprünglich intendiert oder gar nicht beabsichtigt – in den sozialen Strukturen lange nach. Dabei werden entlang eines po-

49 Wienold 2000: 97.

litisch induzierten Sozialstrukturwandels im ländlichen Bereich immer auch die Verdrängungswettbewerbe der sozialen Schichten untereinander bzw. deren Neuorganisation sichtbar. So stammt von Paul Erker die – freilich umstrittene – These, dass „die Herausbildung von durchrationalisierten, ertragsstarken vollbäuerlichen Mittelbetrieben“ seit den 1950er Jahren gerade erst durch den Niedergang des Kleinbauerntums ermöglicht wurde.⁵⁰ So kann schon der Rückgang einer wichtigen sozialen Existenzform das Sozialgefüge in den Dörfern wesentlich verändern.⁵¹ Auch geht es um die Privilegierung einer sozialen Gruppe zuungunsten einer anderen. Das zeigte etwa Uwe Mai an einer wichtigen Intention des nationalsozialistischen Reichserbhofgesetzes, nämlich an der Absicht, den Einfluss des traditionellen Großgrundbesitzes zugunsten einer gesellschaftlichen Aufwertung des mittleren Bauerntums (Erbhofgrenze maximal 125 ha) zu begrenzen.⁵² Darauf werden wir später noch einmal zurückkommen.

Der Wandel der ländlichen Sozialstruktur steht generell mit der Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen in einem engen Zusammenhang. Detlev Ipsen demonstrierte uns am Beispiel der Region um den Vogelsberg, wie sich eine einst „weite, amerikanische“ Landschaft durch eine wachsende Zahl von Industriedörfern verengte, und stellte die Frage, wie sich *gesamtgesellschaftlich forcierte* wirtschaftliche und soziale Entwicklungsprozesse im lokalen Landschaftsbild niedergeschlagen haben. Folgten diese Veränderungen einem erkennbaren Muster kapitalistischer Aneignung?⁵³

Darauf gibt es keine allgemein gültigen Antworten. Offensichtlich ist jedoch, dass Einseitigkeiten in der Sozialstruktur auch enorme räumliche Auswirkungen haben und unser Verhältnis zur Natur mitbestimmen. Andererseits machte etwa der Verlust der traditionellen bäuerlichen Lebenswelt die Wiederaneignung der landwirtschaftlich genutzten Flächen⁵⁴ für andere Zwecke in weniger dicht besiedelten Gegenden möglich:

„Die Bedeutung des Landes und die Formen der Landnutzung stehen in enger Beziehung zum Typ der vorherrschenden Sozialorganisation einer Gesellschaft. Im Europa des Mittelalters wurde das Land genutzt als Quelle der Nahrungsmittelproduktion: Verfügungsgewalt über Land bedeutete gleichzeitig politische Rechte und soziales Prestige. Heute

50 Erker 1996: 333. Gunther Mai zeigt, dass der hier konstatierte Niedergang des Kleinbauerntums auch in anderen europäischen Ländern mit dem sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bildenden Weltagrarmarkt in Verbindung stand. Die 1920er Jahre brachten dann noch einmal einen massiven ‚Modernisierungsschub‘ in dieser Richtung. (Mai 2007: 476–479), der auch in Deutschland in den 1950er Jahren noch nicht abgeschlossen war.

51 Münkler 2000b: 9.

52 Mai 2005: 29.

53 Ipsen 1987: 126.

54 1925 entspricht der Land- und Forstwirtschaft eine Flächennutzung von 88,8 % der Fläche des gesamten Deutschen Reichs. Das entsprach 41,6 Millionen Hektar, die von 5,14 Millionen Land- und Forstwirtschaftsbetrieben genutzt wurden (vgl. Dornheim 2000: 112).

nimmt das Land andere, neue Funktionen an. Es wird Wohnort, Industriestandort, Erholungsgebiet und erfüllt allgemeine Wohlfahrtsfunktionen als Naturpark, Wasser- und Luftreservoir.“⁵⁵

Der Boden und die darauf wachsenden Pflanzen binden große Mengen an Kohlendioxid und können so aktiv zum Klimaschutz beitragen. Das gelingt aber nur, wenn die bestehenden sozialökonomischen Agrarverfassungen dies begünstigen. Denn hinter dem Bodenschutz bzw. dem sinnvollen Einsatz des Bodens stehen wiederum soziale Fragen und politische Entscheidungen. Hier sollen von diesen Fragen nur einige sehr wichtige genannt werden:

- der Weltklimarat IPCC geht davon aus, das „arbeitsintensive und kleinteilige Strukturen (...) demnach umweltfreundlicher als industrielle Monokulturen sind, die einen starken Einsatz von künstlichen Düngemitteln und Pestiziden benötigen. Diese ruinieren nicht nur die Klimabilanz, sondern vergiften auch das Grundwasser und bedrohen die Artenvielfalt.“⁵⁶
- vielen Menschen des ländlichen Bereichs wird nicht zuletzt durch Umweltprobleme die bäuerliche Lebensgrundlage entzogen. In China (und anderen Schwellenländern), deren (Mega-)Städte heute einem enormen Bevölkerungsdruck vom Land ausgesetzt sind, ist die Regulierung von Migration eine hochaktuelle Problematik. Wie können Menschen (oder welche Menschen können) auf dem Lande gehalten und deren Lebens- und Arbeitsbedingungen attraktiv gemacht werden?
- in Europa entleeren sich in einigen Ländern die ländlichen Räume und die industrialisierten landwirtschaftliche Betriebe liegen in immer weniger Händen – was hohe Risiken für die Ernährungssicherung bedeutet. Fehlentscheidungen weniger Landwirte – etwa in Bezug auf die Verwendung von Saatgut, den Einsatz erdölbasierter Technologie – lassen sich in ihren sozialen Folgewirkungen wesentlich schlechter auffangen als in einer Landwirtschaft, in der viele verschiedene Betriebsarten nebeneinander existieren.

2.4 Agrarstrukturreformpolitik ab 1930 – ein Vorläufer der Raumplanung

Doch wir wollen unseren Blick vorläufig wieder zur deutschen Agrargeschichte wenden. Solange die landwirtschaftlichen Berufsgruppen noch eine größere Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft innehatten, allein, weil in der Landwirtschaft noch ein Drittel der Bevölkerung beschäftigt war⁵⁷, stand auch die bäuerliche Sozialkultur

55 Kötter, Krekeler 1977: 25 f.

56 Liebrich 2010: 26.

57 Das war bis weit in die 1930er Jahre der Fall.

im Fokus größeren Interesses der (Agrar-)Politik und der Raumordnung. Und zwar sowohl in Bezug auf eine gelingende soziale Integration der Landbevölkerung in die sich modernisierende Industrie-Welt als auch in Bezug auf einen Ausgleich krasser sozialer Unterschiede innerhalb dieser ländlichen Partialkultur. Als ein Schlüssel zu dem letztgenannten Problem galt der gelingende soziale Aufstieg größerer Gruppen der Landbevölkerung. Noch in der Agrarkrise um das Jahr 1930⁵⁸ wurde dieser Aufstieg in den agrarwissenschaftlich und politikberatenden Institutionen jedoch nicht in einer Auflösung der ländlichen Lebenswelt und in der Migration in die Städte gesehen, sondern in Formen der größeren Teilhabe (Integration!) unterbäuerlichen Schichten an der *existierenden* landwirtschaftlichen Lebens-, Arbeits- und Sozialwelt.

In der Agrarkrise um 1930 in Deutschland galt der Erwerb bzw. die Verfügungsgewalt über landwirtschaftlichen Grundbesitz als *der* Schlüssel zu diesem sozialen Aufstieg. Diese Teilhabe sollte politisch etwa in Form von Maßnahmen zur inneren Kolonisation in Gang gesetzt werden. Häufig in Verbindung mit Bodenreformen und neu entwickelten Siedlungskonzepten. Der Eingriff des Staates in Bereiche der Bodennutzung war bereits in der Frühphase der Weimarer Republik Gegenstand von Bodenreformideen und Rechtsnormen gewesen. Das zeigt etwa der Art. 155 der Weimarer Reichsverfassung, der die Überwachung von Verteilung und Nutzung des Bodens sowie dessen Schutz vor Missbrauch vorsah.⁵⁹ Die städtischen Bodenreformideen der Weimarer Republik waren u. a. durch den Pädagogen und Lebensreformer Adolf Damaschke inspiriert, der die Wohnungsnot in den Städten zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen machte:

„Nach den Agrarreformen, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den deutschen Staaten durchgeführt wurden, verlangten nicht nur Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895), sondern auch bürgerliche Sozialreformer wie Adolf Damaschke (1865–1935), Güter oder die Erträge des Großgrundbesitzes Bauern zuzuteilen, nicht zuletzt um der zunehmenden Landflucht zu begegnen. Damaschke forderte, den Wertzuwachs des Bodens, der sich in der Grundrente widerspiegelte, zu sozialisieren, da er letztlich aus der gesellschaftlichen Kooperation resultiere.“⁶⁰

Schon im Vorfeld der Verabschiedung des Reichssiedlungsgesetzes (1919), das im Übrigen wesentlich auf die Arbeit des konservativen Agrarwissenschaftlers Max Sering (1857–1939) zurückging,⁶¹ gab es auch Entwürfe für landwirtschaftliche Bodenreformen, die auch Eigentumsfragen berühren sollten. Der Soziologe Franz Oppenheimer

58 Diese Phase in der Weltwirtschaftskrise wird hier als „Agrarkrise“ bezeichnet. In der Weimarer Republik hat es mehrere Krisen der Landwirtschaft gegeben (vgl. Dornheim 2000: 489 ff.; zur Reaktion der NSDAP auf die „Agrarkrise“ um 1930 vgl. Wehler 2003: 339–342).

59 Dornheim 2000: 428 ff.

60 Ebd.; Bauerkämper 2005: 16.

61 Dornheim 2000: 10.

konnte sich mit seinen Vorstellungen zur Aufhebung der so genannten „Bodensperre“, d. h. der „Beseitigung des Klassenmonopols am Boden“ gegen Max Sering nicht durchsetzen.⁶²

Oppenheimer wollte „Großgüter per gesetzlicher Verordnung in Siedlungsgenossenschaften umwandeln, wobei die ehemaligen Besitzer eine Entschädigung erhalten sollten“. Oppenheimers Vorhaben hatte zunächst gute Chancen, wurde aber im November/Dezember 1918 verworfen.⁶³ Der Rat der Volksbeauftragten folgte den Vorstellungen Serings.⁶⁴ Der Bamberger Agrarhistoriker Andreas Dornheim urteilte über das Reichssiedlungsgesetz zusammenfassend, dass es ob „eines nationalpolitischen, antipolnischen Elements problematisch“ war, aber auch, dass es sich „quer durch die Parteien (...) wegen seines vermeintlich sozialen Charakters“ als konsensfähig erwies.⁶⁵ Auch die Sozialdemokraten gaben letztlich „der Siedlung den Vorzug vor der Sozialisierung des Bodens“. ⁶⁶ Dornheim sieht Serings Siedlungskonzept insofern jedoch als fehlgeleitet und als gesellschaftlich unmodern an, weil das Gesetz auf ein ‚Volk der Kleinbauern‘ setzte.⁶⁷ Diese Zukunftsvorstellung war jedoch in Deutschland von vornherein eine Illusion. De facto wuchs in der Folge des Siedlungsgesetzes jedoch Serings Renommee weiter an und es gelang ihm sowohl das einflussreiche „Deutsche Institut für Agrar- und Siedlungswesen“ aufzubauen (gegründet 1921) als auch innerhalb des Reichsarbeitsministerium unter seinem Vorsitz einen politikberatenden „Ständigen Ausschuß für das ländliche Siedlungswesen“ einzurichten.⁶⁸

Sowohl in Serings als auch in Oppenheimers Reformkonzepten wurde jedoch noch der oben beschriebenen *herkömmlichen* agrarischen Lebenswelt Rechnung getragen. Soziale Integration meinte hier nicht mehr die Auflösung der Reste bäuerlicher Partialkultur in kapitalistische Strukturen, sondern – so erschien es zunächst vielen Agrarwissenschaftlern – als Vorbereitung eines *Sonderwegs der Aussöhnung* der Bauern mit der Moderne. Sering sah im Agrarstaat einen Weg aus einer krisen-

62 Zu den näheren Umständen der Auseinandersetzung zwischen Sering und Oppenheimer um das Reichssiedlungsgesetz: vgl. Dornheim 2000, bes. 432–442. Eine gewisse Unterstützung erfuhr Oppenheimer durch einen weiteren wichtigen Agrarwissenschaftler der Weimarer Republik, Friedrich Aereboe (ebd., S. 437, 441).

63 Ebenso isoliert blieb Oppenheimer auf einer 1925 in Wien abgehaltenen Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik. Thema der Tagung: die ‚Übevölkerung‘ Westeuropas. Paul Mombert und andere Bevölkerungswissenschaftler deklarierten dort gesellschaftliche Krisenphänomene zu einem ‚Bevölkerungsproblem‘ um – was den Widerspruch Oppenheimers herausforderte (vgl. Heim, Schaz 1996: 31 f.). Der Agrarwissenschaftler Friedrich Aereboe referierte auf dieser Tagung zum Thema „die Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft“ und sprach sich vehement dafür aus, alle Möglichkeiten zur ‚inneren Kolonisation‘ zu nutzen: Die Rationalisierung der Landwirtschaft, eine ‚Förderung des Bauernstandes‘ gegenüber dem Großgrundbesitz sowie Schrebergärten in Händen von Industriearbeitern sollten die Bodennutzung steigern“ (ebd., 33 f.).

64 Dornheim 2000: 9 f.; siehe auch Stoehr 2002: 61.

65 Dornheim 2000: 449.

66 Ebd., 450.

67 Ebd., 483.

68 Stoehr 2002: 61.

haft wahrgenommen Moderne. Serings Position war deshalb auch keineswegs unumstritten. Als Kritiker Serings in der Agrarstaatsdebatte (vs. Industriestaat) erwies sich der Bevölkerungsstatistiker Robert René Kuczynski (1876–1947). Dieser Konflikt ging wiederum auf bereits ältere Konflikte zwischen Max Sering und Lujo Brentano (1844–1931) im Verein für Socialpolitik zurück.⁶⁹ So hatte Sering bereits früh in seiner Karriere (seit 1892) u. a. die angeblich demographischen Gefahren einer weltmarktorientierten Industrialisierungspolitik beschworen: die Wehrkraft des deutschen Volkes werde durch eine weitere Industrialisierung, und damit des weiteren Verlustes eines angeblich gebärfreudigen Landvolks, geschwächt.⁷⁰ Kuczynski äußerte schon als 21-Jähriger im Jahr 1897 Zweifel an Serings Sichtweisen und Berechnungsmethoden.⁷¹

Der Soziologe Franz Oppenheimer nahm in der Fortsetzung solcher Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik wohl eine Zwischenposition ein. Bei ihm war – sehr viel realitätsbezogener als bei Sering – an eine sensiblere sozialpolitische Einbettung der Bauern in den unausweichlichen bürgerlichen Industriestaat gedacht. Dies sollte unter insgesamt größerer Teilhabe der noch verbliebenen Landbevölkerung, besonders der Landarbeiter, mittels neuartiger Genossenschaften⁷² und mit sichtbaren Einschnitten bei den Großagrariern geschehen. Doch auch bei Oppenheimer blieben Tendenzen des Ziels einer Reagrarisierung Deutschlands mit Anklängen an ‚germanisches‘ Bodenrecht unübersehbar.⁷³ Sowohl Serings als auch Oppenheimers Vorstellungen sollten sich dann als in mehrfacher Hinsicht folgenschwere Irrtümer erweisen. Die geplanten Reformen wurden nicht oder kaum (innere Kolonisation) realisiert und der Nationalsozialismus schlug bald entgegen gesetzte Wege ein. Politisch bedeutsamer für die weitere Entwicklung während des Nationalsozialismus als die „innere Kolonisation“ und andere Siedlungsansätze wurden zunächst die Agrarmarktordnungen zwischen 1930 und 1934: Die Nationalsozialisten setzen mit den Marktordnungen im *Reichsnährstandsgesetz* (September 1933) eine Entwicklung fort, die bereits vor dem ‚Dritten Reich‘ ihren Anfang in der Agrarpolitik genommen hatte.⁷⁴

Der spätere Reichsbauernführer Richard Walter Darré (1895–1953) spottete schon 1931 über die ‚bauernromantische‘ Kleinsiedlungsideologie Damaschkes und verwarf dessen Vorschläge.⁷⁵ Für den Darré-Gegner Max Sering bereitete das später von

69 Ferdinand 2005: 127 f.

70 Ebd., 122 f.

71 Ebd., 127 f. Zu Kuczynskis Rolle beim Volksentscheid zur Fürstenenteignung (1926): Dornheim 2000: 452 f.

72 Einen Überblick über die Geschichte des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in der Weimarer Republik bietet Dornheim 2000: 80–86; 101–105; 495–502.

73 Dornheim 2000: 437–440.

74 Dornheim 2000: 627. Natürlich setzten die Nationalsozialisten auch charakteristische eigene Akzente, Dornheim geht jedoch von zahlreichen Kontinuitäten zur vorherigen Agrarmarktordnungspolitik aus (ebd., 627 ff.).

75 Gies 2000: 151; Dornheim 2000: 485 f.

Darré installierte nationalsozialistische Reichserbhofgesetz die rasante Integration der Bauern in kapitalistische Strukturen geradezu erst vor – trotz angeblich gegenteiliger Intention seiner nationalsozialistischen Verfasser.⁷⁶

Denn Darrés Stern begann rasch zu sinken und er entwickelte sich „zu einer Art Don Quijote der nationalsozialistischen Bauerntumsideologie.“⁷⁷

Spätestens mit den Vierjahresplänen zur Mitte der 1930er Jahre geriet Darré selbst in den Verdacht wirklichkeitsferner (Rassen-)Utopie und musste danach den Technokraten der SS nach und nach das Feld überlassen. Denn das Thema Integration der landwirtschaftlichen Kräfte in den Industriestaat Deutschland blieb auch im weiteren Verlaufe des Nationalsozialismus von hoher Bedeutung. Für viele Agrarwissenschaftler, Raumordner und Planer im Umfeld Heinrich Himmlers erschien eine Agrarstrukturreform in Verbindung mit dem ‚neu gewonnenen‘ Raum im ‚Osten‘ als *die* Lösung. In Verbindung mit einer begleitenden industriellen Förderung erschien sie geradezu als der Schlüssel zur Bewältigung aller gesellschaftspolitischen Probleme des ‚Dritten Reiches‘. Die Agrarstrukturreformplanungen im Krieg – signifikant vor allem an der geplanten und teil-realisierten ‚Umgestaltung‘ der ‚eingegliederten Ostgebiete‘ – zielten einerseits auf eine „Verbreiterung der ländlichen Basis“, aber auch auf eine „Auflockerung des Volksgefüges“ im Altreich und auf eine generelle „Berufs- und Flurbereinigung“, die dann alle „Sozialprobleme“ lösen helfen sollte.⁷⁸

2.5 Industriegesellschaftliche Krisen als Auslöser für (agrarische) Siedlungsansätze

„Die Beziehungen der Individuen zu bestimmten Orten sind (fast) immer soziale Beziehungen. Schlagend deutlich wird dies etwa an Besitz- und Eigentumsbeziehungen, dem Ein- und Ausschluß von Individuen vom Gebrauch bestimmter Objekte, z. B. Land. Die sozialen Beziehungen in einem indischen Dorf lassen sich in kaum einem Aspekt ohne Bezug auf die verschiedenen Nutzungen verschiedener Sorten von Land (Acker, Weide, Wald) durch die Individuen, Haushalte, Familien- und Verwandtschaftsverbände, nicht zu vergessen die Oberherrschaften, den Staat, angemessen beschreiben.“⁷⁹

Räumliche Planung nimmt als Gegenstand politischer Intervention von jeher Einfluss auf einen bestimmten Ort (‚place‘), auf ein Gebiet mit territorial ausgewiesenen Grenzen. In diesen Grenzen befinden sich als materialer Ausdruck von Umwelt und ‚Raum‘ sowohl Menschen als auch ihre Artefakte. Bereits in den 1920er Jahren kam deshalb die Frage auf, ob gesellschaftliche Verhältnisse auch durch die (Re-)

76 Stoeck 2002: 70.

77 Corni, Gieß 1994: 17.

78 Gutberger 1996: 297–420; Leendertz 2008: 160 f.

79 Wienold 2000: 94.

Organisierung der ‚gebauten Umwelt‘ beeinflusst werden (können)? Etwa durch die räumliche Verlagerung von Produktions- und Wohnstätten und die dazugehörige Steuerung von Migration (Arbeitskräfte). Diese Vorstellung ist keineswegs nur eine reaktionäre, antikapitalistische und antimoderne Idee gewesen. Sie beschränkte sich auch nicht auf Nazi-Deutschland.⁸⁰ Einer der prononciertesten Vorschläge stammte aus dem Herzen des amerikanischen Industriesystem selbst: Henry Ford trat für eine Dezentralisierung der Industrie und ihre Verlagerung in ländliche Gebiete ein.⁸¹ Auch dem einflussreichen Architekturkritiker Lewis Mumford, der als Vertreter einer menschengerechten Stadt- und Regionalplanung gilt, ging es seit den 1920er Jahren um die sozialökonomische Neuorganisation *ganzer Regionen*. Planung war nunmehr nicht nur urbane Planung, sondern gestattete das Umland der Städte wie auch Territorien weit außerhalb der Städte mit in Planungsszenarien einzubinden. In Deutschland konkretisierte sich in den 1920er Jahren der Gedanke einer regionsbezogenen „inneren Kolonisation“. Über die gezielte Ansiedlung von Menschen in neu zu gründenden Siedlungen sollte neue Formen von „Gemeinschaft“ gestiftet werden. Entsprechende Planungen finden wir zur Bewältigung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen in den USA und in Deutschland. Die Gesellschaftssysteme, die sich in Folge der Weltwirtschaftskrise etablierten – New-Deal-Amerika und Nazi-Deutschland – setzen in den 1930er Jahren auf staatsinterventionistische Praktiken; in beiden Ländern finden sich auch *territorial und regional relevante Planungsprogramme*, z. B. die Homestead-Siedlungen und das Tennessee-Valley-Authority Projekt in den USA; rurale und urbane Siedlungs- und Sanierungsprojekte im NS-Staat, die „gesellschafts-sanitär“ wirken sollten.⁸² Tatsächlich nahmen bis zum Beginn des 2. Weltkriegs einige Zeitzeugen die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, einerseits in Europa (Deutschland, Italien, UdSSR) und andererseits in den USA, als auseinander führende (!) Pfade *einer* monumentalen Modernisierungsbewegung wahr.⁸³

In den USA hatte bereits die Hoover-Administration begonnen mit neuen Formen ländlich-städtischer Siedlungen auf regionaler Ebene zu experimentieren („*Building New Communities*“).⁸⁴ In der Weltwirtschaftskrise hatte die regionalistische Bewegung als – einerseits fortschrittliche Sozialreformbewegung, andererseits als konservative – Gegenbewegung zum urbanen Kapitalismus Auftrieb erhalten. Der gesellschaftliche Friede war in der Krise einerseits durch die hohe Arbeitslosigkeit, andererseits aber auch durch die ungeklärten ‚Rassen‘-Beziehungen gefährdet. Für die ländlich-agrarischen Flächen der USA setzten (räumlich-,organisch/ökologisch

80 Vgl. dazu bereits Münk 1993; Willis 1977.

81 Vgl. Wik 1972.

82 Vgl. Gutberger 1999.

83 Vgl. etwa Colton 1935. Umgekehrt nahmen deutsche Rechtsnationale, wie der *Tat-Kreis* Aktivist Helmut Magers, das New-Deal-Amerika in der Mitte der 1930er Jahre als ‚revolutionär‘ wahr: vgl. Magers 1934. Vgl. generell zum Vergleich Deutschland – USA auch Schivelbusch 2008.

84 Vgl. Ghirardo 1989: 110–182.

gedachte) Krisenpräventionsstrategien ein. Der Auslöser für ein praktisches Handeln auf diesem Gebiet war die Weltwirtschaftskrise.

In Deutschland gab es seit etwa Mitte der 1920er Jahre den Anspruch, durch die Umsetzung von regionalen, auf begrenzte ‚Räume‘ (im Sinne der Entwicklung räumlich gebundener Infrastrukturen, der Industriestandortplanung, der Siedlungspolitik für räumlich gebundene Arbeitskräfte u. v. a. m.) auch gesellschaftliche Entwicklungen zu beeinflussen. Zahlreiche Landesplanungsstellen entstanden in dieser Zeit. Im Zuge dieses deutschen Regionalismus, der sich zunächst vor allem auf die urbanen Räume Groß-Berlin und das Ruhrgebiet bezog, gewann die (Um-)Siedlungsidee als Sozialtechnik rasch an Bedeutung. Das soll heißen, dass der Anspruch bestand, über raumordnerische Maßnahmen direkt in die in der Gesellschaft *bestehenden sozialen Beziehungen* einzugreifen (im Sinne einer ‚Gemeinschafts“-Gestaltung).⁸⁵

„In den Jahren vor und nach Hitlers Machtergreifung fand Ernst Jüngers Vorstoß, durch die bewußte Gestaltung räumlicher Bedingungen nicht nur den Raum, sondern darüber auch die Wirtschaft und die Gesellschaft umfassend zu lenken, immer mehr Anhänger bei der politischen Rechten. Sie beklagten das Fehlen einer zentralen Raumplanungsinstanz für das ganze Reich; betrachteten sie die Raumplanung doch als ideales Reform- und Steuerungsinstrument für einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbau, wenn nicht sogar für einen kulturellen Neuanfang.“⁸⁶

Ein gewisser Konvergenzpunkt von ‚linken‘ und ‚rechten‘ Gesellschaftsplanern bestand zu dieser Zeit in der generellen Ablehnung der Weimarer Demokratie und einem ausgewiesenen Anti-Liberalismus.⁸⁷

Andererseits ist immer wieder der ‚sachlich‘-administrative Charakter der Raumplanung, Raumforschung und Raumordnung betont worden. Für Ulrich Heß dienten die ersten, noch ausschließlich an industrielle Regionen angebotenen Raumplanungsverbände der Weimarer Republik (Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, der Planungsverband für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk, der Zweckverband Groß-Berlin) „dem Interessenausgleich der unterschiedlichen Bodennutzer“.⁸⁸ Tatsächlich ist dies neben der Minimierung des Flächenverbrauchs ein wichtiges Ziel raumordnerischer Maßnahmen, gleichwohl wurde gerade mit diesem Argument nach 1945 die Funktion der Raumordnung im Nationalsozialismus bewusst verharmlost:

85 Hierfür stehen bereits die Planungen von *Philipp Rappaport*, *Robert Schmidt* (beide Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk), *Gustav Schmerler* (mit Bezug auf die Leipziger Agrarsoziologie) oder *Gustav Langen* (Landesplanungsverband Brandenburg-Mitte). „Schmidt gehörte in den zwanziger Jahren zu den bekanntesten Köpfen der internationalen Städtebaubewegung und wäre 1931 fast Präsident der International Federation for Housing and Townplanning geworden“ (Leendertz 2008: 58, zu Rappaport, Schmidt und Langen ebd. auch 27 ff., 49 ff., 92 ff.)

86 Vgl. Kübler 2007: 296 f.

87 Vgl. Gosewinkel 2008: 336 f.

88 Vgl. Hess 1995: 59.

„In Wahrheit haben weder Raumordnung noch Raumforschung [...] mit dem Nationalsozialismus auch nur das geringste zu tun. Beide sind, ebenso wie Landesentwicklung und Landesplanung, das Ergebnis einer allzu schnellen und unbedachten Raumentwicklung im Zeichen einer sich überstürzenden Industrialisierung.“⁸⁹

Heinz Wilhelm Hoffacker hat hingegen die Geschichte der frühen Raumplanung als eine Geschichte konservativer Gesellschaftsreform rekonstruiert; sie stand generell in enger Verbindung zum Gedanken und zum Personenkreis der „Konservativen Revolution“ und mündete mit vielen Aspekten unmittelbar in die Raumordnung des NS-Maßnahmenstaates.⁹⁰ Ariane Leendertz stimmte dieser Interpretation Hoffackers für die frühen 1930er Jahre zu, ging jedoch „für die zwanziger Jahre (...) von einer wesentlich größeren Offenheit der Raumplanung aus. Umso deutlicher lässt sich dann die Weltwirtschaftskrise als ein Schlüsselereignis für die deutsche Raumplanung identifizieren: Die ‚ordnungspolitische Epochenbedeutung‘ der Wirtschaftskrise ging weit über den Bereich der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik hinaus.“⁹¹ Massenarbeitslosigkeit erschien „als das Resultat einer falschen *Siedlungs-* und Wirtschaftsstruktur“, sodass ein Teil zeitgenössischer Planungen etwa auf die Errichtung von speziellen Erwerbslosensiedlungen zielte.⁹² Auch sollten Erwerbslose als „Arbeiter-Bauern auf eigenem Boden ihre Lebensmittel produzierten und zugleich in benachbarten kleinen Industriebetrieben dauerhafte oder gelegentliche – je nach Wirtschaftslage – Beschäftigung“ finden.⁹³

Ähnliche Ideen demonstrierte uns Ariane Leendertz am Beispiel der Konzepte der Raumplaner Philipp Rappaport, Martin Pfannschmidt und Gerhard Isenberg. Für die Planer sollten „agrarisches-industrielle Mischstrukturen sowie eine ausgeglichene räumliche und wirtschaftliche Gesamtstruktur der beste Garant dafür (... sein), ökonomische Krisen abzufedern, wenn nicht gar zu verhindern.“⁹⁴ Alle Genannten sahen aber bereits die Grenzen eines Agrarsiedlungsprogramms für eine schon städtisch lebende Bevölkerung.⁹⁵ Auch tauchte schon um das Jahr 1930 bei den Planern das Argument auf, dass die Bevölkerungsdichte für Siedlungsexperimente im Westen Deutschlands eigentlich zu hoch sei und das allenfalls in den dünn besiedelten Gebieten Schlesiens, Pommerns, Ostpreußens und Brandenburgs entsprechende Siedlungsflächen zur Verfügung ständen. Der spätere NS-Planer Gerhard Isenberg („zentrale Orte“-Arbeitskreis) machte deshalb Siedlung von der Voruntersuchung der

89 Aus der Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Raumforschung, ARL, zit. nach Heinemann 2006: 68.

90 Vgl. Hoffacker 1989; zur Einbettung der Raumplanung in rechte Gesellschaftsplanungen auch Gosewinkel 2008: 337 f.

91 Leendertz 2008: 17, 76 f.

92 Ebd., 88.

93 Schivelbusch 2008: 110 f.

94 Leendertz 2008: 159.

95 Ebd., 85 f.

Berufsstruktur und der Arbeitsmarktverhältnisse abhängig.⁹⁶ Da wundert es nicht, dass die frühe Raumplanung auch über enge Verbindungen zur Weimarer Rationalisierungsbewegung verfügte. Raumplanerische Eingriffe sollten hier sozusagen auch unmittelbar auf (regional gebundene) *Bevölkerungen* zielen, um diese als Arbeitskräfte ‚fitter‘ und produktiver den Arbeits- und Wirtschaftsabläufen einzupassen oder überhaupt wieder in diese Abläufe zu bringen (diesem Ziel dienten etwa o.g. selbstversorgende Erwerbslosensiedlungen).

Neben den städtischen Planungen waren von Anfang an auch die ländlichen Räume Gegenstand planerischen Schaffens. Obwohl erst im NS-Staat der ländliche Raum und dessen Bevölkerung in die nun weitreichend institutionalisierte staatliche Raumplanung eingebunden wurde,⁹⁷ war der Gedanke der räumlichen Intervention in den agrarischen Bereich schon in der Weimarer Republik breit diskutiert worden (s. o.). Ein geistiges Zentrum waren die „Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation“ und das Berliner „Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen“ (Max Sering). Siedlungsideen als Krisenbekämpfungsstrategien wurden aber zu dieser Zeit in ganz Europa diskutiert. Dabei wurde die Krise als eine allseitige, als eine Stadt *und* Land betreffende Krise wahrgenommen:

„Es war ein Ausdruck der politischen Hilflosigkeit wie des agraristischen Geistes dieser Jahre (einschließlich seiner eugenischen und pro-natalistischen Komponenten), dass in dieser Doppelkrise der Ausweg in einer ‚Reagrarisierung‘ gesucht wurde. Hinter der ideologischen Kulisse verbarg sich aber meist das Ziel, den ländlichen Raum weiter als Auffangbecken für die urbane Arbeitslosigkeit bzw. als Warteraum für die ‚industriellen Reservearmeen‘ zu nutzen, die Landbevölkerung als Ausgleichsmasse der industriellen Konjunkturen zu behandeln. Das zeigte sich nicht nur in den mit ausgeprägt agraristischen Ideologie-Elementen ausgerüsteten Diktaturen in Italien, Spanien, Portugal oder Deutschland. Auch in den mittel- und westeuropäischen Staaten gab es Ansätze, die Massenarbeitslosigkeit der 1920er Jahre durch Reagrarisierung mit Hilfe von Arbeitsdienst oder Siedlungsprojekten zu bekämpfen. Diese Versuche blieben weitgehend wirkungslos, sie erhöhten *eher* noch den sozialen Druck in den Dörfern durch das Anwachsen der Armut. Rerruralisierung und Reagrarisierung gerieten damit in einen latenten Widerspruch, den die agraristische Ideologie in Verbindung mit dem Versorgungsinteresse der Betroffenen kurzzeitig überdeckte. Mit dem Ende der Krise wurde beides wieder in den Hintergrund gedrängt.“⁹⁸

Eben ist am Beispiel des Kleinsiedlungsprogramms für städtische Erwerbslose gezeigt worden, dass bereits im unmittelbaren Vorfeld zum Nationalsozialismus Agrarstrukturreformplanungen diskutiert wurden. Das betraf einerseits den Raumbedarf

96 Ebd.

97 Vgl. Mai 2002: 360.

98 Mai 2007: 497.

für *landwirtschaftliche* Siedlungsflächen potentieller Neubauern – zeitweise war von einer Million neuer bäuerlicher Siedlungsstellen die Rede⁹⁹ –, es betraf aber auch die prekäre Situation der vielen kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe, vor allem in den damals schon so genannten „Notstandsgebieten“. Die Sonderstellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft sollte tendenziell aufgelöst und eine Einkommensparität zu den industriellen Erwerbszweigen eingeleitet werden.

Die Agrarstrukturreformplanungen in der NS-Zeit, auch die Entwicklung des Konzeptes der ‚Zentrale-Orte‘-Siedlungsstruktur sind vor dem Hintergrund dieser vor-nationalsozialistischen Krisenzeit zu betrachten und zu bewerten. Akteure, die bereits mit Planungsszenarien oder wissenschaftlichen Beiträgen in der Krisen-Phase unmittelbar vor Antritt des Nationalsozialismus in Erscheinung traten, finden wir später in zum Teil zentralen Positionen der Raumplanung des NS-Staates wieder: das gilt etwa für die Wissenschaftler Hans Weigmann (Rostock), Carl Brinkmann (Heidelberg, Agrarpolitik)¹⁰⁰, Andreas Predöhl (Kiel), Hugo Hassinger (Wien), Gerhard Isenberg (Berlin) oder Walter Christaller (Berlin). Zur eben dieser wissenschaftlichen Seite des (Raum-)Planungsdiskurses am Ende der Weimarer Republik wollen wir jetzt kommen.

2.6 Zur Verbindung von empirisch-wissenschaftlicher Agrarforschung und Raumplanung

Die empirische Agrarsoziologie etablierte sich in Deutschland in einer Phase, in der die Mechanismen, die die soziale Integration *innerhalb* der Gesellschaft gewährleisten, als bedroht erschienen. So wurde es zumindest im akademischen Milieu in den Krisenjahren der Weimarer Republik empfunden. Teile der sozialen Mittelschichten schienen durch die hohe Erwerbslosigkeit von einem sozialen Abstieg bedroht, die wachsende soziale Ungleichheit schürte eine befürchtete politische Radikalisierung und damit die Angst vor einer politisch nicht mehr steuerbaren gesellschaftlichen Umwälzung. Gerade den politisch rechts-orientierten Sozialwissenschaftlern erschien nun der Zugriff des Staates auf den Prozess gelingender Integration als unabdingbar notwendig. Dieser Prozess, so schien es, könne besser über territoriale Zugänge bewältigt werden. Raumplanung und Raumordnung galten als gangbare *sozial-ökonomische* Kriseninterventionsstrategien. Erste Pläne und Maßnahmen zielten auf planmäßig zu gestaltende Landschaften (zunächst innerhalb der Reichsgrenzen) und auch auf damit scheinbar herstellbare *Verhaltensregulierungen für ansässige Bevölkerungen*. Die Aufrechterhaltung oder Wiederbelebung von sozialer Kontrolle, gleichsam durch staatliche Maßnahmen forciert, blieb dabei ein zentrales Feld der Auseinandersetzung. So kann gerade der konstatierte *Verlust der sozialen Kontrolle* durch

99 Vgl. Leendertz 2008: 85.

100 Vgl. Gessner 2006: 147.

eine nicht mehr gelingende Selbstorganisation/Selbststeuerung (etwa einer Gemeinschaft von Bewohnern eines Stadtteils) ein Argument dafür bieten, nun gleichsam ‚von oben‘ her durch Regulierung eingreifen zu müssen, weil sonst soziale Integration generell nicht mehr zu gewährleisten ist.¹⁰¹ In dieser Sicht addieren sich lokale Phänomene des Niedergangs sozialer Kontrolle zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise, die schließlich das Territorium eines ganzen Nationalstaats betreffen.

Es war dieser vermeintliche sozialtechnische Bedarf innerhalb der Praxis von Siedlungspolitik, von Boden- und Agrarstrukturreform(planungen) und städtischer Sanierungspolitik, der die professionelle Förderung der neuen anwendungsbezogenen sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsdisziplinen auch in Deutschland zu Beginn der 1930er Jahre begünstigte. Für Joachim Hohmann nahm die Agrarsoziologie hier eine Schlüsselposition ein. Sie tat dies innerhalb dieser neuen Soziologien schon deshalb, weil sie eben als *Soziologie des Raums* konstituiert worden war¹⁰² bzw. von ihrer Konzeption her Fragen der Bodennutzung und der Verfügung über den Boden nicht grundsätzlich als irreversibel ausklammerte. Dazu sei an den besonderen Bezug der ländlichen Gesellschaft auf das Grund- und Bodeneigentum, wie oben bereits beschrieben, noch einmal erinnert. Auch sollte beachtet werden, dass Deutschland nach dem 1. Weltkrieg zwar weniger agrarisch geprägt war als Frankreich und Italien, aber deutlich stärkere Anteile an Landwirtschaft aufwies als die USA und als insbesondere Großbritannien. Deutschland wurde deshalb von den Statistikern der 1920er und 1930er Jahre als „*Industrieland mit agrarischem Einschlag*“ bezeichnet.¹⁰³

Das zeigte sich auch in der immer noch kaum ausgebildeten *empirischen* Sozialwissenschaft in Deutschland. In den ersten größeren empirischen Studien während der Agrarkrise um 1930 knüpften Agrar- und Sozialwissenschaftler an die viel älteren Enqueten des Vereins für Socialpolitik zur Landarbeiterproblematik an:

„Unter dem Aspekt der Siedlung widmeten sich 1930–33 Hans-Jürgen Seraphim und dessen Mitarbeiter Hellmut Wollenweber, Norbert Ley¹⁰⁴ und der Soziologe Hans Weigmann dem Landarbeiterproblem, wobei allerdings – wie bei der Landarbeiterforschung unter Richard Ehrenberg – der einzelne Betrieb und die einzelne Familie Forschungsgegenstand waren und nicht das soziale System des Dorfes.“¹⁰⁵

Für die beiden renommierten Agrarwissenschaftler Max Sering und Constantin von Dietze (1891–1973) schien Siedlungspolitik von großer Bedeutung für die Einflussnahme auf die *demographische Entwicklung* Deutschlands. Constantin von Dietze, der 1922 bei Sering habilitiert hatte und dessen Assistent er wurde, gelangte über

101 Vgl. Schubert 1999 (hier besonders auch kommunitaristische Gegenkonzepte zum Verlust sozialer Kontrolle).

102 Hohmann 1997: 232.

103 Dornheim 2000: 130.

104 Norbert Ley wurde nach 1945 Leiter der Landesplanungsbehörde in Nordrhein-Westfalen!

105 Planck 1974: 151.

die Stationen Göttingen (Lehrstuhlvertretung 1924), Rostock (1925 bis 1927 Professor für Nationalökonomie und Agrarwissenschaft) und Jena (seit 1927 Ordinarius), wieder nach Berlin und übernahm ab 1933 Serings Lehrstuhl.¹⁰⁶ 1930 hatte er zusammen mit Max Sering eine USA-Reise¹⁰⁷ unternommen, die offensichtlich ihrer beiden Bewusstsein für Probleme des Weltagrarmarktes schärfen half – ohne dabei jedoch expansionistische Ziele deutscher Agrar- und Siedlungspolitik im „Osten“ aus den Augen zu verlieren.¹⁰⁸ Beide Agrarwissenschaftler blieben auf der Linie des „ethnozentrisch akzentuierten akademischen Revanchismus der Weimarer Republik“.¹⁰⁹ Beide wandten sich aber auch gegen Autarkiebestrebungen und plädierten für eine eingeschränkte Integration des deutschen Agrarsektors in den Weltmarkt.¹¹⁰ Willi Oberkrome hat die siedlungsplanerischen Argumentationsmuster von Constantin von Dietze vor 1933 nachgezeichnet, die an die gebräuchlichen Metaphern von der angeblichen Raumenge des deutschen Volkes und der Notwendigkeit der räumlichen Ausweitung deutscher Einflussphären handelten, die aber nicht nationalsozialistisch angelegt waren:

„Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten wollte von Dietze die Anlage dieses vorgelagerten Staatengürtels nicht über die Deportation oder Unterwerfung der indigenen Bevölkerung erreichen. ‚Ein Vertreiben und Umsiedeln der in den östlichen Nachbargebieten wohnenden Völker ist kaum ausführbar, überhaupt schwer vorstellbar‘ (so von Dietze; H. G.). Von Dietze empfahl an die Tradition informeller deutscher Herrschaft anzuknüpfen, die sich im Verlauf der mittelalterlichen Ostkolonisation aus der deutschen Kultur- und Wirtschaftsüberlegenheit gleichsam von selber aufgerichtet habe. Unter dieser Voraussetzung ließe sich das Problem des ‚Ostjudentums‘ auf dem Weg der ‚geistigen Auseinandersetzung‘ beheben.“¹¹¹

Bereits vor dem 1. Weltkrieg war der Schmoller-Nachfolger¹¹² Max Sering einer nationalen Öffentlichkeit durch die Untersuchung der Abwanderung der Landarbeiter und ihrer Familien in den Ostprovinzen des Reiches bekannt geworden; einer Abwanderung, die er „als ein nationales Menetekel, das aufgrund der Geburtenrate der ansässigen Slawen in absehbarer Frist zur Polonisierung des Ostens führen werde“,

106 Rückl, Noack 2005: 87. Oberkrome geht davon aus, dass von Dietze die Nachfolge Serings bereits 1932 antrat; vgl. Oberkrome 2009: 98.

107 1931 wurde Sering auf der *Internationalen Konferenz der Agrarökonomien* (ICAE) in Ithaca (USA), „wegen seiner hohen internationalen Anerkennung zum Vize-Präsidenten“ gewählt (vgl. Dams 2009: 174).

108 Oberkrome 2007: 14 ff.

109 Ebd., 17.

110 Oberkrome 2009: 99.

111 Oberkrome 2007: 17.

112 Max Sering hatte 1889 an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin die Nachfolge von Gustav Schmoller (1938–1917), einem der Hauptvertreter der jüngeren Historischen Schule der National-Ökonomie, angetreten (vgl. Aldenhoff-Hübinger 2008: 506).

dramatisierte.¹¹³ Max Sering vertrat als Volkswirt an der Staatswissenschaftlichen Fakultät (1889–1926) in Berlin bereits früh die Agrarökonomie als verwissenschaftliche Form von Agrarpolitik.¹¹⁴ Seit 1921 existierte das „Deutsche Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen“ in Berlin (mit Außenstellen in weiteren Städten)¹¹⁵, das Max Sering im selben Jahr gegründet und als renommiertester Siedlungsexperte der Weimarer Republik (s. o.) geleitet hatte. Das Institut wurde in Form einer Stiftung geführt und auf diese Stiftung konnten als Kuratoriumsmitglieder sowohl das Berliner Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie die Preußischen Ministerien für Landwirtschaft und Wissenschaft Einfluss nehmen.¹¹⁶ Nach seiner Emeritierung von der Berliner Universität im Jahr 1926 blieb Max Sering Leiter des Berliner Instituts, das „auf eigenwillige und produktive Art Politikberatung mit Grundlagenforschung einerseits sowie die Vorzüge zentralisierter mit dezentraler empirischer Agrarökonomie andererseits“ miteinander verband.¹¹⁷ „So konnten Forschungsprojekte von den über ganz Deutschland verstreuten sieben Abteilungen arbeitsteilig für unterschiedliche Reichsgebiete durchgeführt werden.“¹¹⁸ Max Sering und Constantin von Dietze fertigten ab etwa 1930 eine größere Zahl dörflicher Enqueten an.¹¹⁹ Das inhaltliche Spektrum des Instituts wird jedoch als sehr breit beschrieben. Es umfasste vor 1933

„... allgemeine Abhandlungen u. a. zur internationalen Agrarkrise ebenso wie empirische Untersuchungen zur ‚Lage und Entwicklung einzelner Märkte und Produktionsgebiete‘ außerhalb und innerhalb des Deutschen Reiches, ferner die Erforschung der Voraussetzungen verstärkter ländlicher Siedlung und Erhebungen über zweckmäßige landwirtschaftliche Betriebsgrößen und die Ursachen der Verschuldung der Landwirtschaft.“¹²⁰

Theodor Dams – in den 1950er Jahren auch an agrarsoziologischen Forschungsprojekten beteiligt – listete verschiedene Forschungseinrichtungen auf, die sich auf dem Gebiet empirischer Agrarforschung in der Weimarer Republik – und z. T. schon weit davor – hatten etablieren können: das „Archiv für Exakte Wirtschaftsforschung“, das

113 Oberkrome 2007: 13. Zur Rolle des Schmoller-Nachfolgers Serings im Verein für Socialpolitik und zu seiner distanzierten Haltung bzgl. Max Webers Wertfreiheitspostulat vgl. Stoehr 2002: 87.

114 Stoehr 2002: 57 f. Die Agrarpolitik wurde als Fachgebiet allerdings „erst während des Nationalsozialismus im universitären Fächerkanon etabliert“. Den ersten Lehrstuhl für Agrarpolitik richtete Konrad Meyer zu Beginn seiner NS-Karriere an der Universität Göttingen ein (ebd., 58).

115 Zwischen 1926 und 1933 entstanden Abteilungen in Bonn, Jena, Rostock, Königsberg, Tübingen, Hohenheim, Heidelberg und München.

116 Stoehr 2002: 61.

117 Ebd., 60. Die Finanzierung des Instituts erfolgte zunächst aus Mitteln der „Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation“ bzw. der „Stiftung Kriegerhilfe Ost“ sowie der „Neuland AG“. Nach der Inflation erhielt das Institut auch Gelder vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (ebd., 62).

118 Stoehr 2002: 60.

119 Planck 1974: 151 f., den multidisziplinären Fokus bei diesem Ansatz betonend: ebd., 154.

120 Stoehr 2002: 64.

„Thünen-Archiv“, die „Friedrich-List-Gesellschaft“, der „Verein für Socialpolitik“, die „Akademie der Preußischen Wissenschaften“ und die „Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation“.¹²¹ Zu ergänzen wäre diese Aufzählung noch durch das Sering-Institut, dessen inhaltliche Ausrichtung Dams wie folgt charakterisiert:

„Zeitlich der Institutsgründung vorausgegangen waren die Verabschiedung der Weimarer Verfassung, die Auflösung der Fideikomnisse und die Annahme des Reichsheimstätten-gesetzes 1920. Das von Sering neu geschaffene Institut befasste sich vornehmlich mit der Vererbung des ländlichen Grundeigentums, deren Koordination Sering oblag. Der Deutsche Reichstag richtete dann 1930 einen Enquete-Ausschuss ein. Für die Planungsaufgaben in Bezug auf Fragen der ländlichen Siedlung zeichnete Max Sering mit 35 Mitarbeitern und -verfassern verantwortlich. Diese umfassenden Untersuchungs- und Planungsarbeiten in der Vor-NS-Zeit und ihre Bedeutung für die Raumordnung und Raumforschung werden nicht immer voll gewürdigt.“¹²²

Die hier in der Weimarer Republik aufgebauten wissenschaftlichen Infrastrukturen wurden später in der NS-Zeit entweder geschlossen¹²³ oder gleichsam ‚annektiert‘ und die an diesen Einrichtungen vertretenen Inhalte im Sinne der Ziele des NS-Staates reformuliert. Theodor Dams weist auf Kontinuitäten zwischen der ‚Gleichschaltung‘ des Vereins für Socialpolitik (VfS) im NS-Staat und der späteren Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) in der Bundesrepublik Deutschland hin: der ehemalige NS-Gauwirtschaftsberater für Berlin, der ‚Raumforscher‘ Heinrich Hunke (* 1902), half bei der ‚Gleichschaltung‘ des VfS in den NS-Staat. Hunke trat dann jedoch nach 1945 wieder als Wissenschaftlicher Sekretär in Hannover (= Generalsekretär der ARL 1949–1954) bzw. später sogar als ARL-Vizepräsident (1960–1965; 1971–1974) innerhalb der Raumforschung in Erscheinung.¹²⁴ Hunke war kein Einzelfall, hatten doch vor 1945 zahlreiche weitere Wissenschaftler sozialwissenschaftliche Wissensbestände für siedlungsplanerische Zielsetzungen adaptiert; z. B. der Agrarwissenschaftler Herbert Morgen, der zwischen den beiden Amtsperioden von Hunke Präsident der ARL war.

Im Nationalsozialismus gruppierte sich der politikberatende zentrale ‚Brain Trust‘ der deutschen Raumforschung um die Schlüsselfigur Konrad Meyer. Meyer gelang es nicht nur neue agrarwissenschaftliche Arbeits- und Planungsstäbe aufzubauen, son-

121 Dams 2009: 168.

122 Ebd., 166.

123 Das „Deutsche Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen“ (= Sering-Institut) wird 1934 geschlossen (vgl. Burchard 1993: 14). Siehe hier zum Übergang zwischen Weimar und der Hitler-Diktatur generell Stoeck 2002.

124 Dams 2009: 173 f.; Leendertz 2008: 381. Heinrich Hunke war nach 1945 auch zeitweise Mitglied des Wissenschaftlichen Rates des Instituts für Raumforschung (Bonn). Bis 1967 war Hunke auch Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung im Niedersächsischen Finanzministerium (vgl. Leendertz 2008: 266).

dern auch – zunächst in stärkerer Verbindung mit dem Reichsnährstand, danach im Verbund mit den neu entstehenden Bürokratien innerhalb der SS –, die Agrar- und Siedlungspolitik vielen sozialtechnischen/soziologischen Planungsaspekten gegenüber zu öffnen. Entscheidend war dabei die Verknüpfung von agrarsozialen, siedlungspolitischen und raumordnerischen Zielen (ab 1935).¹²⁵

Diese Ausrichtung war jedoch keine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern sie hatte sich bereits seit der Agrarkrise um 1930 als scheinbare Lösungsmöglichkeit und administrative Interventionsstrategie herausgeschält. In der Literatur wird bisher häufig eine eher strikte Grenzlinie zwischen entsprechenden Studien vor 1933 zu denen nach 1933 aufgebaut. So kam Ulrich Planck in einer ersten Analyse der zeitgenössischen Dorfforschungen der 1920er und 1930er Jahre 1974 zu dem Urteil, dass das Interesse, das noch in der Weimarer Republik an Dorfforschungen in Deutschland bestanden hatte „– anders als in den USA – nicht in langfristige exakte wissenschaftliche Arbeit um gemünzt werden (konnte), da NS-Regierung und NSDAP die Dorfforschung in andere Richtungen lenkten, bis der Zweite Weltkrieg die Dorfforschung zum Erliegen brachte.“¹²⁶ Neuere historische Studien lassen Zweifel an dieser apodiktischen Einschätzung aufkommen – und zwar nicht nur mit Blick auf die Dorfforschung, sondern auch auf viele andere Bereiche ländlicher Sozialwissenschaft.¹²⁷

Es ist Ulrich Planck hier allerdings insofern zuzustimmen, als mit der aufkommenden Raumforschung in der Mitte der 1930er Jahre die bis dahin üblichen Dorfmonographien zugunsten von *regionalen Ansätzen* in den Hintergrund traten. Von den Mitarbeitern der bereits o. g. Rostocker Abteilung des Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen erschienen bereits seit 1930 in rascher Folge weitere agrarsoziologische und siedlungsgeographische Arbeiten, die z. T. bereits auf administrativ handhabbare politische Regionen ausgerichtet wurden. Diese Experten wirkten noch lange in der Raumforschung/Raumordnung oder Landesplanung, und zwar sowohl im NS-Staat als auch in der späteren Bundesrepublik:

- „Die Einwirkungen der Agrarreformen auf die landwirtschaftliche Produktion Zwischeneuropas“ (1931, *Hans Jürgen Seraphim*)¹²⁸
- „Ländliche Siedlung und Bevölkerung: ein siedlungsstatistischer Baustein zur Klärung der Frage nach der Siedlungs-Auswirkung“ (1931, *Hellmut Wollenweber*)¹²⁹;
- „Siedlung und Siedlungsverfahren“ (1931, *Norbert Ley*)¹³⁰

125 Vgl. Rössler 1987: 177–193.

126 Planck 1974: 161.

127 Vgl. Oberkrome 2009; Mai 2002.

128 Siehe Angaben zur Person im biographischen Anhang.

129 Siehe Angaben zur Person im biographischen Anhang.

130 Siehe Angaben zur Person im biographischen Anhang. *Norbert Ley* ist nicht zu verwechseln mit dem ebenfalls mit dem Rheinland eng verbundenen (Gauleiter Rheinland-Süd!) späteren Leiter der „Deutschen Arbeitsfront“ (u. a. „Ley-Siedlung“) bzw. NSDAP-Reichsleiter, *Robert Ley* (* 1890–1945).

- „Das Siedlungswesen in Mecklenburg-Strelitz unter besonderer Berücksichtigung der Verfahrensarten: Auswirkungen der Siedlung. Bausteine zum Siedlungsproblem“ (1931, *Norbert Ley*)
- „Siedlungstempo und Siedlungserfolg: Ergebnisse einer Studienreise durch Lettland. Teil: 1: Das Gesamtsiedlungsverfahren als Schulbeispiel der Arbeit einer Planungszentrale“ (1932, *Hans Jürgen Seraphim, Hellmut Wollenweber*);
- Agrarkrise und Siedlung in Mecklenburg und Pommern (1933, *Hans Jürgen Seraphim*)
- „Das Siedlungswerk in Mecklenburg-Schwerin als Leistung und Aufgabe“ (1933, *Hellmut Wollenweber*)
- „Standortstheorie und Raumwirtschaft: Betrachtungen zur Entwicklung der Standortstheorie in Deutschland seit Joh. Heinr. von Thünen“ (1933, *Hans Weigmann*)¹³¹
- „Siedlung und sozialer Aufstieg der Landarbeiter“ Berlin Parey (= Berichte über Landwirtschaft: Sonderheft ; N. F., 97 Auswirkungen der Siedlung; 5). (1934, *Hans Weigmann*) u. v. a. m.

Eine auf veränderte Rauman eignung und Raumnutzung zielende Sichtweise prägte bereits zahlreiche sozialwissenschaftliche Ansätze vor dem NS-Staat. Der eben erwähnte Agrarsoziologe Hans Weigmann (Universität Rostock), seit der Weltwirtschaftskrise in der empirischen Feldforschung tätig, wurde einer der führenden intellektuellen Köpfe der NS-Raumforschung, auf ihn soll sogar der (politische) Begriff „Raumordnung“ zurückgehen.¹³² Norbert Ley wirkte im NS-Staat in der rheinischen Landesplanung und wurde nach 1945 Leiter der nordrhein-westfälischen Landesplanungsbehörde. Hellmut Wollenweber arbeitete ebenfalls in der NS-Raumforschung. Auch Hans-Jürgen Seraphim, später in Leipzig, Breslau und Münster (nach 1945) wirkend, blieb im Umfeld der NS-„Großraumplanung“ empirisch tätig.¹³³

Diese ‚horizontalen‘ Sichtweisen wurden nun im aufkommenden Nationalsozialismus mit der Utopie des Aufbaus einer *neuen Gesellschaft* verknüpft. Zum Beginn des Nationalsozialismus verstanden sich die akademischen Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler *„in ihrer Mehrheit als am großen ‚Umbauwerk‘ beteiligte Wissenschaftler, denen daran gelegen sein musste, aus einer als seelenlos und verirrt abqualifizierten Gesellschaft der Zeit vor 1933 aus verschiedenen Klassen, Schichten, Gruppen und Einzelwesen im Zuge der ‚Volkwerdung‘ eine ‚Volksgemeinschaft‘ mitentwickeln zu*

131 Der gelernte Wirtschaftswissenschaftler Hans Weigmann (1897–1944) hatte in Kiel promoviert (1923) und wurde anschließend in Rostock in Wirtschaftswissenschaften habilitiert (1925). Bereits ab 1927 übernahm Weigmann Lehraufträge für Sozialpolitik, Soziologie und Statistik; zum Ende des Jahres 1929 wurde er zum ao. Prof. für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Rostock ernannt. Im NS-Staat führte er neben der Rostocker Abteilung des Instituts für Agrar- und Siedlungswesen auch das ansässige „Institut für wirtschaftliche Raumforschung“ (vgl. Buddrus, Fritzlär 2007: 432 f.; Gutberger 1999: 237–243).

132 Vgl. Gutberger 1996: 86.

133 Siehe Angaben zur Person im biographischen Anhang.

helfen.“¹³⁴ Für die rechtskonservativen, z. T. auch dezidiert anti-nazistisch geprägten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler boten gerade die Ungleichheiten der Klassengesellschaft einen gewissen Schutz vor der diktatorisch geführten Masse.¹³⁵ Von einer solchen ‚Masse‘ in Deutschland konnten sich *vor 1933* freilich nur wenige einen rechten Begriff machen. Außerdem erwiesen sich gerade für die jüngere Generation der Wissenschaftler die scheinbar auf Einebnung von sozialen Unterschieden angelegten politischen Konzepte der Nazi-Führung als viel attraktiver. Was die einen, in der Regel Angehörige der älteren Generation, als Prozess einer ‚Vermassung‘ der Gesellschaft fürchteten, gedieh den Jüngeren zur Utopie einer sozial gerechteren Gesellschaft auf nationalistisch-völkischer Basis. Doch tatsächliche politische Gestaltungsmacht sollte weder die eine noch die andere Gruppe unter diesen rechten Wissenschaftlern im NS-Staat gewinnen können. Sozialwissenschaftler waren letztlich als rein empirisch arbeitende Problemlöser gefragt, denn an einer Definition dessen, was Volksgemeinschaft sein sollte und wie sie zu beschaffen sein hatte, zeigten die NS-Machthaber kein wirkliches Interesse.

Aus diesem Grund ist auch die Rolle, die Gunther Ipsen und seiner Konzeption einer Agrarsoziologie (bzw. ‚Deutschen Soziologie‘) immer wieder in ihrer Bedeutung für die praktische Politik der Nationalsozialisten zugeschrieben worden ist,¹³⁶ stark zu relativieren. Die dort gezeichnete Linie der Bedeutung des „Landvolks“ bzw. des „Bauerntums“ als die entscheidende kulturelle Quelle (bisweilen auch als Bluts-
quell) des deutschen Volkes, die Ipsen schon weit vor 1933 entwickelte, hat die NS-Machthaber bei der Planung und Ausführung politischer Maßnahmen nie wirklich interessiert – von einzelnen Exponenten einer kurzfristig angedachten Reagrarisierung des Industriestaates Deutschland einmal abgesehen. Gerade aber diese Politiker (Ludowici, Darré¹³⁷) büßten im NS-Staat rasch an Bedeutung ein. Auch ist Ulrich Planck zuzustimmen, wenn er konstatiert, dass der Ipsensche Satz, dass das Dorf „aus Bauern bestehe“, schon zum Zeitpunkt seines Entstehens (1929) überholt war.¹³⁸ Mit bauerlichem Autismus ließ sich schon um 1930 keine zeitgemäße Politikberatung der ländlichen Sozialwelt mehr ins Werk setzen.

Soweit die Leipziger Soziologie sich also nach 1933 um eine völkisch-volkstümelnde Sinnstiftung oder eine ‚wissenschaftliche‘ Konkretisierung vager NS-Blut-und-Boden-Ideologie bemühte, blieb sie politisch wirkungslos. Interessant wurde die „Volkforschung“ Leipziger Spielart jedoch für politische Entscheidungsträger immer dort, wo sie Berührung mit der sich konstituierenden modernen Landes – bzw. Regional-

134 Hohmann 1997: 232. Paul Nolte zeichnete die einzelnen Elemente dieses gesellschaftlichen Krisen-
diskurses in den deutschen Humanwissenschaften – der dann in einen Diskurs über Gemeinschaft
übergang – im Detail nach: vgl. Nolte 2000, besonders 62–95.

135 Vgl. Nolte 2000: 126 f.

136 Vgl. Rammstedt 1986.

137 Zu Darrés agrarpolitischem ‚Konzept‘, artikuliert bereits in seiner Publikation „Das Bauerntum als
Lebensquell der nordischen Rasse“ (1929) vgl. Dams 2009: 167.

138 Planck 1974: 161.

planung aufnahm und sich den dort stellenden Problematiken (etwa den sozialen Folgeerscheinungen von industriell-agrarischen Mischzonen) *empirisch* zuwandte. Dies beschreibt die Historikerin Ariane Leendertz etwa an dem Ansatz des Ipsen-Schülers Gustav Schmerler:

„Die ländliche, agrarische Gesellschaft war die Domäne der aufstrebenden Volksforschung und Agrarsoziologie, die Schmerlers Betreuer Gunther Ipsen in Leipzig vorantrieb und in deren Zentrum das ‚Landvolk‘ und das ‚Bauerntum‘ als Substanz des Volkstums und Gegenstand einer empirisch betriebenen Sozialforschung standen. Angesichts des tiefgreifenden Wandels, besonders des Wandels der Bevölkerungsstruktur in den ländlichen Gebieten, erschien es Schmerler vollkommen unverständlich, daß es gerade in Ostpreußen, Pommern oder Schleswig-Holstein noch keine landesplanerischen Aktivitäten gab. Die Landesplanung hatte ‚das ganze Land‘ zu erfassen, hatte ‚Reichsplanung‘ zu sein. Das abstrakte Fernziel einer harmonischen Gesellschafts- oder ‚Volksordnung‘ konkretisierte Schmerler in einem räumlichen Zielbild: ‚Es hat den Anschein, als ob sich ein Ausgleich zwischen Stadt und Land durch folgenden Umstand vollziehen wollte: die Landwirtschaft wird rationalisiert und technisiert, zu immer größerer Weiterverarbeitung ihrer Rohprodukte befähigt, wird somit durch den industriellen Einschlag ‚städtischer‘. Die Stadt aber wird aufgelockert, sie ist nicht mehr durchaus Sitz der Industrie, sie ernährt sogar einen Teil der Bewohner selbst, wird also deutlich ländlicher. Zugleich greifen Industrie und Landwirtschaft enger ineinander und ergänzen sich.“¹³⁹

2.7 Agrarpolitik, Agrarforschung und (agrarische) Raumordnung: Der Übergang zum Nationalsozialismus

In der gesellschaftlichen Krise um das Jahr 1930 versuchte das Landwirtschaftsministerium die prekäre Lage der Landwirtschaft durch den Erlass von agrarpolitischen Steuerungsversuchen in den Griff zu bekommen.¹⁴⁰ Ab 1929 setzte eine marktordnende Agrarpolitik ein (Agrarmarktordnungen). Im Unterschied zu den weiterreichenden gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Siedlungspolitiker, Bodenreformer und frühen Raumplaner zielte diese marktregulierende Agrarpolitik vor allem auf *ökonomische Zwecksetzungen* jenseits einer Raum- und Bodenpolitik, etwa auf Kontingentregelungen für Ein- und Ausfuhren, Preisregulierungen und die Festsetzung der Einkommen.¹⁴¹ Das nationalsozialistische Regime unterstützte in seiner frühen Phase die seit 1930 eingeführten marktregulierenden Maßnahmen dieser Art

¹³⁹ Leendertz 2008: 94. Was damals in völkischer Terminologie verhandelt wurde, enthält einen nach wie vor (oder schon wieder?) aktuellen Kern: wie können (besser) gelingende Stadt-Land-Beziehungen im städtisch-digitalen Zeitalter Aussehen, gerade in Bezug auf Landwirtschaft, Ernährung, ökologisches Wissen, soziale Kontrolle?

¹⁴⁰ Gessner 2006: 140 ff., 164.

¹⁴¹ Ebd., 131 f.

durch eigene Interventionsstrategien, etwa durch die zeitlich unbefristete Festlegung der Preise für landwirtschaftliche Produkte. In diesem Kontext stand auch die Gründung des riesigen bürokratischen Apparates des „Reichsnährstandes“, der mit dem „Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregulierung für landwirtschaftliche Produkte“ vom 15. Juni 1933 ins Leben gerufen wurde.

Ein Zweig der Agrarwissenschaften – die wissenschaftliche Agrarpolitik – war an dieser Politik vor wie nach 1933 durch politikberatende Gutachten u. ä. beteiligt. Der Übergang zwischen der marktordnenden Politik der Weimarer Krisenphase zur Lenkungswirtschaft der Nationalsozialisten war relativ fließend, weil Agrarpolitiker wie Agrarwissenschaftler vor 1933 bereits diesen deutschen Sonderweg in der Agrarpolitik (u. a. mit der Zielrichtung auf Autarkie) gesucht hatten.¹⁴² Die Phase zwischen 1930 und 1934 ist hier aber auch noch aus einem anderen Grund von Bedeutung. Einige politikberatende Gremien aus den Agrarwissenschaften knüpften in der „wissenschaftlichen Agrarpolitik“ direkt nach 1945 daran wieder an. So stand etwa der führende Agrarwissenschaftler der jungen Bundesrepublik, Heinrich Niehaus, in seinen agrarpolitischen Aktivitäten in direkter Nachfolge zu den Beiträgen seines ehemaligen Mentors und Lehrers Friedrich Aereboe.¹⁴³

Mit dem agrarpolitischen Programm der SPD von 1927, das wesentlich auf den agrarpolitischen Experten der Partei, Fritz Baade, zurückging, versuchten die Sozialdemokraten erstmals überhaupt größere Gruppen der Landbevölkerung¹⁴⁴ an sich zu binden, wobei sie besonders den bauerlichen Mittelstand – und in Verbindung damit – die Konsumenteninteressen der städtischen Arbeiterbevölkerung im Blick hatten.¹⁴⁵

Baade griff ebenfalls in die Diskussion und die Politikberatung der o. g. marktregulierenden Maßnahmen ab 1930 ein.¹⁴⁶ Von den Vertretern nationalkonservativer Agrarwissenschaft, im Besonderen von Max Sering und Constantin von Dietze, wurde Baade – und andere liberale und sozialdemokratische Agrarreformer – mit Häme übergossen.¹⁴⁷

Der aufkommende Nationalsozialismus stand in der ideologischen Bindung bauerlicher Interessen in Konkurrenz zu regionalistischen Bewegungen, die als Landvolkbewegungen, die politischen Interessen der Landbevölkerung zu artikulieren gedachten.¹⁴⁸

142 Gessner 2006: 149.

143 Ebd., 162.

144 Zu den besonderen Problemen der Annäherung der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbewegung an das platte Land, siehe: Dornheim 2000: 96 ff.

145 Gessner 2006: 146 f.

146 Ebd., 154.

147 Ebd., 146.

148 Gessner 2009: 100.

Der NS-Staat bedurfte zwar nur selten einer indirekten Einflussnahme auf die Gesellschaft und erreichte vieles über direkten politischen Zwang; die sozialen Verhältnisse aber umstandslos und vollständig zu kontrollieren, gelang aber auch dieser politischen Herrschaftsform nie. Noch vor 1933 hatten einige Nationalsozialisten die politischen und sozial gewachsenen Strukturen und persönlichen Eigentumsrechte als reversibel erklärt – einschließlich der bürgerlichen Eigentumsrechte an Grund und Boden.¹⁴⁹ Andererseits blieb jedoch die dauerhafte Verfügung über den ‚Boden‘ gerade Teil der agrarischen Neuordnungsutopien des Reichsbaurnführers. Allerdings nur für eine überschaubare Elite weniger Bauern. So wies Darré bei seinen Utopien zur Schaffung eines „Neuadels aus Blut und Boden“ auf die hohe Bedeutung des Grundbesitzes hin: Die „Führerbegabung“, die ausgewählte Bauern erreichen sollten, ergab sich nicht allein aus ihrem ‚Blut‘ (im Sinne einer beabsichtigen biologischen Züchtung von Bauern mit besonderen Erbmerkmalen auf ‚Hegehöfen‘), sondern auch aus den ihnen zugestanden, sie besonders privilegierenden Entwicklungsbedingungen: *ausgewählte Bauern sollten auf eigenem Grund und Boden (einer bestimmten Größenordnung) über Generationen sesshaft bleiben (dürfen).*

Nur so konnten sie – so Darré und der Reichsnährstand – ihre Aufgaben (u. a. Kinderreichtum, Ernährungssicherung) erfüllen. Das negative Gegenbild zu Darrés Erbhofbauer war darum in der NS-Ideologie auch der angeblich grundeigentumslose, von Ort zu Ort wandernde (jüdische) *Nomade*.¹⁵⁰ Die agrarische Rassenutopie Darrés zeigte damit Anklänge an ein eher statisches berufsständisches Ideal¹⁵¹ – gekoppelt an eine langfristige Garantie des Bodenbesitzes. Entscheidend war also die nur zu *einem* Zeitpunkt und nur einmalig erfolgte *Auslese*¹⁵² und nicht die berufliche Befähigung über ein ganzes Berufsleben gesehen. Gerade an dieser Statik, die jedes ökonomische Kalkül außer Kraft setzte, setzte auch die Kritik von Max Sering und anderer Agrarwissenschaftler am Reichserbhofgesetz an. Selbst „unambitionierte und wenig geeignete Landwirte“ konnten sich „bei einem eklatanten wirtschaftlichen Versagen des Erhalts ihres Besitzes gewiss sein.“¹⁵³

In der Agrarideologie Darrés war der Boden nicht nur eine eigentumsrechtliche Kategorie, sondern nahm eine macht- und bevölkerungspolitische Bedeutung an: die Eignung zur Führung eines Betriebes und zur intensiven Nutzung des Bodens wurde den normativ abgewerteten Bevölkerungsgruppen von vornherein abgesprochen;¹⁵⁴

149 Vgl. z. B. die Einlassungen von Joseph Goebbels, Gottfried Feder und den Gebrüdern Strasser in der Weimarer Republik (Dornheim 2000: 486, 488). Im von Gottfried Feder ausgearbeiteten 20-Punkte-Programm der NSDAP (1927) wird eine dem „nationalen Bedürfnis angepasste Bodenreform“ gefordert: „*Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.*“

150 Corni, Gies 1994: 18 (Quellen 15–17); Dornheim 2000: 580 ff, 584; Oberkrome 2009: 94.

151 Zu den ständischen Tendenzen im Reichsnährstand siehe auch Corni, Gies 1994: 28 f.

152 Mit zudem zweifelhaften Inhalten, denn die berufliche Befähigung des potentiellen Erben wurde nicht überprüft (Oberkrome 2009: 96).

153 Oberkrome 2009: 96.

154 Corni Gies 1994: 22 f.

den erwünschten Gruppen jedoch von vornherein zugesprochen. In der praktischen Politik führte der rassenideologische Ansatz, weil er Eignungsprüfungen qua des wirtschaftlichen Erfolgs eines Betriebes (unterschiedlicher Größenordnung) oder der beruflichen Eignung ausschloss, unter Umständen zu einer Negativauswahl. Die Erbhofpolitik produzierte von vornherein auch Verlierer, nämlich u. a. die nicht mehr erwünschten Kleinbauern und die enterbten Bauernsöhne (-töchter).

Die Kluft zwischen dem Nationalsozialisten Darré zu den konservativen und standortgebundenen Bauern (und die sie repräsentierenden Agrarideologen konservativ-liberalen Zuschnitts) war dennoch nicht so groß, wie es hier zunächst erscheinen mag. Sie scheint mir auf jeden Fall geringer, als die Kluft zwischen Darré und den ‚Modernisierern‘ in den SS-nahen Planungsstäben und zuarbeitenden Instituten/Agro-Industrien. Heinrich Himmler, Herbert Backe, Konrad Meyer und andere ‚Raumordner‘ gedachten bekanntlich nach 1939 agrarische Siedler über weite Räume dynamisch in Bewegung zu setzen – ohne Aussicht auf eine Garantie für das Gelingen dieser Siedlungsexperimente in abgelegenen Gebieten. Der Bauer hatte sich im neuen ‚Lebensraum‘ zu bewähren und in dieser Ideologie selektierte der Raum selbst nun die geeigneten Siedler. Die begleitenden Siedlungsplanungen standen in einem denkbar großen Kontrast zu den eher gemächlichen rassenutopischen Züchtungsvorstellungen Darrés.¹⁵⁵ Hier kamen m. E. auch zwei unterschiedliche *gesellschaftliche* Zukunftsentwürfe zum Ausdruck: in der SS-Siedlungsvariante Konrad Meyers lief der Entwurf auf permanente Leistungssteigerung, Verdrängung und Vernichtung hinaus. Diese Elemente waren so in Darrés berufsständischer Rassen-Utopie ursprünglich nicht angelegt. Doch war Darré deshalb, wie gezeigt, weder ein harmloser Ökologe noch ein ‚normaler‘ Interessenvertreter bäuerlicher Anliegen. Auch die kriegserische Expansion nach Polen, Tschechien und in die Sowjetunion zur Schaffung von neuem Siedlungsland hatte er immer befürwortet.¹⁵⁶ Einige Agrarhistoriker sehen sogar die Darrésche Erbhofpolitik als einen mit auslösenden Faktor für die Lebensraumpolitik an: Die verfehlte Binnenkolonisation zog die Frage nach sich, wo die weichenden Erben eine Aufgabe finden konnten – und da bot der neue ‚Raum‘ im Osten erweiterte Möglichkeiten.¹⁵⁷

Von rassenideologischen Ansprüchen, die sich gegen das Recht auf die eigene Verfügung über Grundeigentum – ob im ‚Altreich‘ oder in Neusiedlungsgebieten im ‚Osten‘ – richteten, konnte die praktische NS-Agrarpolitik auch insgesamt abweichen. Und zwar dann, wenn sich die Auflösung der Eigentumsrechte gegen macht-starke Interessengruppen nicht durchsetzen ließen oder sie anderen (eigenen) Machtinteressen zuwider liefen – was de facto häufig der Fall war. Die Nationalsozialisten an der Macht respektierten *de facto* in hohem Maße die bürgerlichen Eigentumsrechte, und dort, wo genau diese Rechte in Frage gestellt wurden, wie etwa im Reichserbhofge-

155 Dazu Corni Gies 1994: 20, 23 (und die dortigen Quellen 2, 3 und 5).

156 Vgl. Corni Gies 1994: 24; Dornheim 2000: 580 ff., 796 f.

157 Vgl. Corni Gies 1994: 39 f.; Dornheim 2000: 606 ff., 616.

setz, traf das Regime auf deutlichen Widerstand unter den Betroffenen.¹⁵⁸ Aber vor allem richtete sich eine auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse zielende Politik zunächst auf Gruppen, die dem Staat schon per Definition als lästig galten: auf die Juden (und die Verfügungsrechte über ihr Eigentum), auf religiös gebundene Gruppen (und ihr Eigentum)¹⁵⁹, auf ‚Fremdvölkische‘, auf ‚Asoziale‘ und alle weiteren ‚Unbrauchbaren‘. In der Landwirtschaft etwa auf die als ‚unnütze Esser‘ deklarierten Personen in den bäuerlichen Subsistenzwirtschaften.

2.8 Fazit

Das nun zu Ende gehende Kapitel 2 dürfte deutlich gemacht haben, dass es für damalige Experten aus Agrarpolitik und Raumplanung, besonders, wenn sie ländliche Lebensverhältnisse betrachteten, gar keine Frage war, dass Eingriffe in räumliche Entwicklungen notwendigerweise soziale Verhältnisse verändern – wie auch umgekehrt. Raumforschung und Landesplanung hatte sich nach 1930 von einem zunächst v. a. urbanen Fokus hin zu agrargesellschaftlichen Fragen zu öffnen begonnen (1930–1935). Auch entwickelte sich in den Krisen zum Ende der Weimarer Republik eine Nähe zwischen agrargesellschaftlichen Experten, besonders aus der Agrar- und Siedlungspolitik und solchen der Raumplanung.

Im Nationalsozialismus konnte sich die agrarpolitische Forschung der verbrecherischen Rassenpolitik des NS-Staats nicht entziehen; sie löste sich auf dem Wege in den technokratisch organisierten „Rassenstaat“ aber wieder stärker aus der (ebenfalls rassistischen) Agrarpolitik Darrés. Die dann folgende institutionalisierte Raumplanung wurde früher als der „Reichsnährstand“ moderner Technik und *industriegesellschaftlicher* Fortentwicklung gegenüber sehr viel aufgeschlossener. Als zentralisierte Raumplanung (ab 1935) entwickelte sie sich unter dem stärker werdenden Einfluss der SS hin zu einer dezidiert rassistischen Planung für urbane, suburbane und agrarische Regionen in neu zu erschließenden ‚Großräumen‘ (1938–1945). Nach 1945 ließen sich gerade vorgängige industriegesellschaftliche Wissensbestände der NS-Raumplanung auch so nutzen, dass sie einer zeitgemäßerer *Versozialwissenschaftlichung der Planung räumlicher Entwicklung* die Wege ebnete. Das bedeutete letztlich ein endgültiges Abschiednehmen von ‚Rasse und Raum‘, nicht aber von der eingeübten sozialwissenschaftlichen Beobachtung räumlicher Entwicklung (s. dazu auch die Kapitel 7 und 8 unten).

158 Eine Wende in der zunächst radikal eigentumsfeindlichen Rhetorik der NSDAP zeichnete sich bereits mit den Wahlerfolgen der Partei ab 1930 ab (Dornheim 2000, 527 f.). Zu den eigentumsfeindlichen Tendenzen im Reichserbhofgesetz (REG) und die Konflikte darum, siehe: Grundmann 1979; Corni, Gies 1994; Münkler 1996; Streb, Pyta 2005; zum Widerstand gegen das REG siehe auch: Dornheim 2000: 611 ff.

159 Zu Enteignungen katholischen Grundbesitzes durch das Prager Bodenamt siehe Heinemann 2003a: 135–137.

Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration
Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik
1930-1960

Gutberger, H.

2017, XIII, 534 S. 3 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-15129-4